

(In Anwendung von Titel V des Vertrags über die Europäische Union erlassene Rechtsakte)

VIERTER JAHRESBERICHT GEMÄSS NUMMER 8 DER OPERATIVEN BESTIMMUNGEN DES VERHALTENSKODEX DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR WAFFENAUSFUHREN

(2002/C 319/01)

EINLEITUNG

Der Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren wurde am 8. Juni 1998 angenommen; mit ihm werden hohe gemeinsame Maßstäbe als Mindeststandards für die Verwaltungspraxis und die bei Exporten konventioneller Rüstungsgüter durch alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union auszuübende Zurückhaltung gesetzt. In dem Kodex werden acht Kriterien für die Ausfuhr konventioneller Waffen sowie ein Verfahren für Verweigerungsmitteilungen festgelegt, nach dem die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, eine Konsultation in Bezug auf etwaiges „undercutting“ einzuleiten.

Gemäß Nummer 8 der operativen Bestimmungen des Kodex wird jährlich eine Bilanz seiner Durchführung gezogen und ermittelt, welche Verbesserungen gegebenenfalls erforderlich sind. Das vorliegende Dokument stellt den vierten Jahresbericht dar, in dem eine Bilanz der Entwicklungen im vierten Jahr der Anwendung des Kodex gezogen wird.

Die Entscheidungen, die von Mitgliedstaaten zu Verfahrensweisen getroffen werden, welche mit dem Verhaltenskodex und seiner Anwendung durch die Mitgliedstaaten im Zusammenhang stehen, werden in aufeinander folgenden Jahresberichten aufgezeichnet. Mit jedem Jahresbericht wächst das Korpus an Entscheidungen. Im Sinne der Transparenz wurde deshalb der Entschluss gefasst, ein „Kompendium der vereinbarten Verfahrensweisen“ („Compendium of Agreed Practices“) zu erstellen, in dem alle Entscheidungen systematisch erfasst werden. Dieses Kompendium und der Kodex ermöglichen zusammen einen umfassenden Überblick über den Kodex und seine Anwendung in den Mitgliedstaaten. Das Kompendium ist dem vorliegenden Bericht als Anlage angefügt und wird mit jedem folgenden Bericht aktualisiert.

I. BILANZ DES VIERTEN JAHRES DER ANWENDUNG DES KODEX

Während des vierten Jahres seiner Anwendung wurde der Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren in noch stärkerem Maße als bisher als die umfassendste internationale Regelung für die Kontrolle von Waffenexporten anerkannt, durch die in hohem Grad interne und externe Transparenz, Dialog, Achtung von Verweigerungsmitteilungen und Dynamik erreicht wird.

Die in den vorhergehenden Berichten genannten prioritären Ziele wurden erreicht. Zahlreiche Fragen konnten jedoch noch nicht abschließend gelöst werden, und sie sind somit Gegenstand eines fortgesetzten Dialogs über Verantwortungsbewusstsein bezüglich der Weitergabe von Waffen und über die Möglichkeiten, dieses Verantwortungsbewusstsein zu fördern.

Bei der Annahme des dritten Jahresberichts war man der Auffassung, dass zwar die grundlegenden Bestandteile eines ge-

meinsamen Ansatzes für eine Kontrolle der Ausfuhr konventioneller Waffen durch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union geschaffen worden sind, dass jedoch noch sehr viel zu tun bleibt. Des Weiteren sollten in Bereichen, die bisher noch nicht behandelt worden seien, die Beratungen aufgenommen werden.

Diese Auffassung teilt der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik des Europäischen Parlaments in seiner Begründung, die Bestandteil des Berichts über den Dritten Jahresbericht über den Verhaltenskodex (EP-Dok. A5-0286/2002) ist; in dieser Begründung wird bestätigt, dass der dritte Jahresbericht die dem Verhaltenskodex innewohnende Eigendynamik deutlich mache, und es wird festgestellt, dass in vom Parlament als wichtig erachteten Bereichen Fortschritte erzielt würden; sie endet jedoch mit der Feststellung: „Es ist viel getan worden, aber es bleibt auch noch viel zu tun.“

Konkret hat die stark angestiegene Zahl der mitgeteilten Ablehnungen und der Konsultationen zur Bildung einer ansehnlichen Sammlung von Informationen geführt, durch die das wachsende Vertrauen in dieses Instrument bestätigt wird. Die in dem Kodex vorgesehenen einzigartigen Mitteilungs- und Konsultationsverfahren und der fortgesetzte Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über ihre jeweiligen nationalen Ausfuhrpolitiken — einschließlich der bezüglich der Ausfuhr in spezifische Länder oder Gebiete verfolgten Politiken — tragen auf dem Gebiet der Ausfuhr konventioneller Waffen entscheidend zu Transparenz, Dialog und Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten bei.

Der Dialog ist nicht nur auf die Mitgliedstaaten begrenzt, er erfolgt auch auf Troika-Tagungen im Rahmen des politischen Dialogs der EU mit den Bewerberländern und Nichtmitgliedstaaten und durch die Beteiligung von EU-Mitgliedstaaten an anderen internationalen und multilateralen Gremien.

Der Dialog mit den Drittstaaten, die sich den Grundsätzen des Kodex angeschlossen haben — und zwar insbesondere die assoziierten mittel- und osteuropäischen Länder sowie Zypern, Malta und die Türkei —, wurde im vierten Jahr der Anwendung vertieft, was neuen Initiativen im Hinblick auf eine verbesserte Anwendung des Kodex in diesen Ländern sowohl bei der Gesetzgebung als auch hinsichtlich der praktischen Anwendung durch die betroffenen Kreise zu verdanken ist. Ad-hoc-Expertentreffen zwischen allen Mitgliedstaaten und assoziierten Ländern finden jetzt regelmäßig statt.

Am 9. Mai 2002 hat sich die Republik Kroatien dem Kodex angeschlossen, indem sie erklärte, die Grundsätze des Kodex zu akzeptieren.

Im Juni 2002 fand eine Tagung des Vorsitzes und der Kommission mit den Vereinigten Staaten — unter Teilnahme einiger EU-Mitgliedstaaten — zum Thema Unterstützung bei der Ausfuhrkontrolle einschließlich des Bereichs der Waffenausfuhren statt.

Die Mitgliedstaaten sind sich der Tatsache bewusst, dass es in verstärktem Maße notwendig ist zu verhindern, dass Waffen in die Hände von Terroristen fallen; deshalb haben sie die Aufnahme einer Terrorismus-Klausel in die „Initial Elements“ des Wassenaar-Arrangements, dem alle Mitgliedstaaten angehören, unterstützt. Die Klausel wurde in der Plenarsitzung der dem Wassenaar-Arrangement angehörenden Staaten im Dezember 2001 angenommen. EU-Mitgliedstaaten haben zu den entsprechenden Erörterungen im Rahmen des Arrangements beigetragen.

In den beiden folgenden Abschnitten des Berichts werden die Arbeiten zu den spezifischen Fragen behandelt, mit denen sich die Mitgliedstaaten im vierten Jahr der Anwendung des Kodex befasst haben. Die in diesen Abschnitten genannten Entscheidungen sind ebenfalls in dem als Anlage beigefügten Kompendium der vereinbarten Verfahrensweisen aufgeführt (siehe Anlage I).

II. STAND DER DURCHFÜHRUNG DER IM DRITTEN JAHRESBERICHT AUSGEWIESENEN PRIORITÄREN MASSNAHMEN

Harmonisierung der nationalen Berichte

Die Berichtsverfahren in den Mitgliedstaaten sind unterschiedlich und führen nicht zwingend zu vergleichbaren statistischen Daten. Aus diesem Grund wurde verstärkt darauf hingearbeitet, eine abgestimmte und einheitliche Grundlage für die nationalen Berichte zu schaffen, durch die eine größere Transparenz und Vergleichbarkeit der Daten aus den einzelnen Mitgliedstaaten erreicht werden soll. Da eine Änderung nationaler Berichtsverfahren eine beachtliche Zeit in Anspruch nehmen kann, ist es wichtig, eine Reihe einheitlicher Berichtsvorschriften aufzustellen, die in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden können. Auf diesem Gebiet ist noch einige Arbeit zu leisten; es wurden jedoch bereits beachtliche Fortschritte erzielt, sowohl was den Umfang der Berichterstattung als auch was die Vergleichbarkeit der gemeldeten Daten betrifft.

Die Mitgliedstaaten kamen überein, dass der der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellte Bericht Daten über die Anzahl und den Wert der erteilten Ausfuhrgenehmigungen sowie über den Wert der tatsächlichen Ausfuhren, nach Empfängerländern aufgeschlüsselt, enthalten soll, sofern solche Daten verfügbar sind. In dem Bericht soll ebenfalls je Empfängerland die Gesamtzahl der von jedem einzelnen Mitgliedstaat ausgesprochenen Verweigerungen und die Gesamtzahl der von allen Mitgliedstaaten ausgesprochenen Verweigerungen angegeben werden, ebenso wie die Kriterien, die zur Begründung der Verweigerung angeführt wurden, und die Häufigkeit, mit der die jeweiligen Kriterien angeführt werden (siehe Anlage II).

Kontrolle der Ausfuhr von nicht militärischen Gütern für Sicherheits- und Polizeizwecke

Die Gruppe „COARM“ hat sich das ganze Jahr hindurch mit dieser Frage auseinandergesetzt. Die Kommission kündigte ihre

Absicht an, einen Vorschlag für eine Gemeinschaftsverordnung vorzulegen, die solche Güter abdeckt, und erläuterte ihre ersten Vorstellungen hinsichtlich des Aufbaus und des Inhalts eines solchen Vorschlags; dieser solle ein Verbot aller ausschließlich zur Folter verwendeten Güter beinhalten und strikte Kontrollen für alle Güter vorschreiben, die für die interne Repression eingesetzt werden können. Die Gruppe „COARM“ wird diesen Punkt weiterverfolgen.

Vermittlungstätigkeit für Waffen

Im Rahmen der Gruppe „Ausfuhr konventioneller Waffen“ (COARM) haben die Mitgliedstaaten einschlägige Daten bezüglich der in ihren jeweiligen nationalen Rechtsvorschriften vorgesehenen Kontrollen in Bezug auf die Vermittlungstätigkeit gesammelt und erörtert. Mehrere Mitgliedstaaten führen bereits Kontrollen in Bezug auf die Vermittlungstätigkeit durch, andere sind in der Einführung solcher Kontrollen begriffen. Die Mitgliedstaaten haben erörtert, welche Maßnahmen sowohl unter den Mitgliedstaaten als auch in einem weiteren Kreis zur Stärkung der politischen Bereitschaft zur Kontrolle der Vermittlungstätigkeit für Waffen ergriffen werden können. Der spanische Vorsitz legte einen Entwurf eines gemeinsamen Standpunkts betreffend die Kontrolle der Vermittlungstätigkeit für Waffen vor; dieser Entwurf wird derzeit geprüft.

Endverwendererklärungen

Die Mitgliedstaaten haben sich hinsichtlich der Ausfuhr von Gütern, die in der gemeinsamen Militärgüterliste erfasst sind, auf einen gemeinsamen Kern von Angaben verständigt, die ein von einem Mitgliedstaat angefordertes Endbestimmungszertifikat enthalten sollte. Die Mitgliedstaaten haben zudem weitere Angaben festgelegt, die gemäß ihren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften ebenfalls benötigt werden könnten.

Nachstehend sind die Mindestangaben aufgeführt, die eine Endverwendererklärung enthalten muss:

- Angaben zum Exporteur, mindestens Name, Anschrift und Firma,
- Angaben zum Endverwender, mindestens Name, Anschrift und Firma; handelt es sich um ein Unternehmen, das die Waren auf dem einheimischen Markt weiterverkauft, gilt das Unternehmen als der Endverwender,
- Endbestimmungsland,
- Beschreibung der zur Ausfuhr bestimmten Waren (Art, Eigenschaften) oder Verweis auf den mit den Behörden des Endbestimmungslands abgeschlossenen Vertrag,
- Menge und/oder Wert der zur Ausfuhr bestimmten Güter,
- Unterschrift, Name und Status des Endverwenders,
- Datum der Endverwendererklärung,
- Endverwenderklausel und/oder Wiederausfuhrverbotsklausel.

Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten gemäß ihren nationalen Rechtsvorschriften unter anderem folgende Angaben verlangen:

- eine Klausel, die die Wiederausfuhr der von der Endverwendererklärung abgedeckten Güter verbietet. Eine solche Klausel könnte unter anderem
- ein allgemeines Wiederausfuhrverbot enthalten,
- vorsehen, dass eine Wiederausfuhr nur mit schriftlicher Genehmigung der Behörden des Landes möglich ist, aus dem die Güter ursprünglich ausgeführt wurden,
- eine Wiederausfuhr ohne vorherige Genehmigung der Behörden des Ausfuhrlandes erlauben, sofern es sich um eine Wiederausfuhr in bestimmte in der Endverwendererklärung definierte Länder handelt;
- Angabe des Endverwendungszwecks der Güter;
- gegebenenfalls eine Verpflichtung, dass die zur Ausfuhr bestimmten Güter ausschließlich für die erklärten Zwecke verwendet werden;
- gegebenenfalls eine Verpflichtung, dass die Güter nicht für die Entwicklung, die Herstellung oder den Einsatz von chemischen, biologischen oder atomaren Waffen oder von Raketen, die solche Waffen transportieren können, verwendet werden;
- gegebenenfalls genaue Angaben über den Zwischenhändler;
- wird die Endverwendererklärung von der Regierung des Landes erstellt, für das die Güter bestimmt sind, so wird die Erklärung von den Behörden des Ausfuhrlandes beglaubigt, damit die Echtheit der Unterschrift des Unterzeichners und seine Berechtigung zum Eingehen von Verpflichtungen im Namen seiner Regierung geprüft werden können (2002).

Lizenzfertigung von Rüstungsgütern

Die Mitgliedstaaten sind überein gekommen, dass sie bei der Prüfung von Anträgen auf Ausfuhrgenehmigungen für Technologien, die der Kontrolle unterliegen, oder für Güter, die im Ausland für die Herstellung von auf der gemeinsamen Militärgüterliste verzeichneten Ausrüstungen verwendet werden können, dem potenziellen Verwendungszweck des Fertigproduktes im Herstellungsland sowie dem Umstand Rechnung tragen wollen, dass das Fertigprodukt umgeleitet oder exportiert werden und somit in den Besitz eines missliebigen Endverwenders gelangen könnte.

Verbreitung der Grundsätze und Kriterien des Kodex bei Nichtmitgliedstaaten und internationalen Organisationen

Der Verhaltenskodex war eines der Hauptthemen bei allen Konsultationen, die im Rahmen des politischen Dialogs mit Nichtmitgliedstaaten durchgeführt wurden. Die Konsultationen mit den Vereinigten Staaten über mögliche Folgemaßnahmen zu der Erklärung der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten vom Dezember 2000 zu den Verantwortlichkeiten von Staaten und zur Transparenz bei Waffenexporten werden fortgeführt.

Einbeziehung assoziierter Länder in Verweigerungsmitteilungen

Die Mitgliedstaaten vereinbarten, Informationen über Verweigerungen von Ausfuhrgenehmigungen in zusammengefasster Form an assoziierte Länder weiterzugeben und diese zu ermutigen, die Mitgliedstaaten in vergleichbarer Form über von ihnen verweigerte Ausfuhrgenehmigungen zu informieren. Die Informationen werden über den Vorsitz weitergeleitet und umfassen folgende Angaben: Bestimmungsland, Kurzbeschreibung der Güter und ihre Einstufung in der Militärgüterliste, Klassifizierung der Endverwender nach Regierungsstellen oder privaten Stellen sowie Gründe für die Verweigerung der Genehmigung (Kriterien gemäß EU-Verhaltenskodex).

III. SONSTIGE IM RAHMEN DER GRUPPE „COARM“ ERÖRTERTE FRAGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER UMSETZUNG DES VERHALTENSKODEX

Die Mitgliedstaaten haben die Arbeit zur Verbesserung der Verfahrensweisen im Zusammenhang mit dem Verhaltenskodex in Bezug auf die folgenden Aspekte fortgesetzt:

Gemeinsame Militärgüterliste der EU

Die Gruppe „COARM“ kam dahin gehend überein, dass die Vorsitze im Hinblick auf Entscheidungen über eine eventuelle Aktualisierung der gemeinsamen Liste der EU in regelmäßigen Abständen Sondersitzungen (auf Expertenebene) einberufen sollten, damit Änderungen der Wassenaar-Liste berücksichtigt, die Positionen der Mitgliedstaaten abgestimmt und gegebenenfalls gemeinsame Vorschläge für Änderungen der Wassenaar-Liste vereinbart werden können.

Transit

In Fällen, in denen Mitgliedstaaten für Güter, die in der gemeinsamen Militärgüterliste enthalten sind, eine Durchfuhr- oder Umladegenehmigung fordern, sollten die Kriterien des Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren bei der Entscheidung über Anträge auf solche Genehmigungen von den Mitgliedstaaten angemessen berücksichtigt werden.

IV. VORRANGIGE LEITLINIEN FÜR DIE NAHE ZUKUNFT

Die mit den ersten drei Berichten eingeführte Praxis besteht darin, eine Reihe von Leitlinien zu den Themen zu erarbeiten, die in naher Zukunft Gegenstand von Entscheidungen oder Überlegungen sein werden; dies gestattet es sowohl den Mitgliedstaaten als auch ihren Partnern innerhalb und außerhalb der Europäischen Union, die bei der Anwendung des Kodex erzielten Fortschritte nachzuprüfen und zu messen.

Die Mitgliedstaaten sind diesem Beispiel gefolgt und haben die nachstehenden Leitlinien festgelegt:

1. Die Bemühungen im Hinblick auf eine stärkere Harmonisierung der jährlichen nationalen Berichte sollen mit dem Ziel fortgesetzt werden, die Transparenz der Berichte zu verbessern und die Klarheit der zusammenfassenden Tabellen zu erhöhen.

2. Es soll mit Nachdruck auf die Annahme einer Regelung zur Kontrolle der Ausfuhr nicht militärischer Güter für Sicherheits- und Polizeizwecke hingearbeitet werden.
 3. Die Beratungen bezüglich der Vermittlungstätigkeit für Waffen sollen auf der Grundlage der bereits vereinbarten Leitlinien fortgeführt werden mit dem Ziel, in dieser Frage einen gemeinsamen Standpunkt zu vereinbaren. Die Erarbeitung von Regelungen für die Vermittlertätigkeit für Waffen durch andere geeignete Gremien soll gefördert werden.
 4. Es soll weiterhin an einer harmonisierten Gestaltung der Angaben gearbeitet werden, die in den Zeugnissen für die Endbestimmung enthalten sein sollten.
 5. Die Erörterung von Fragen, die mit der Lizenzfertigung in Nichtmitgliedstaaten in Zusammenhang stehen, soll fortgesetzt werden.
 6. Es soll festgelegt werden, welches die besten Möglichkeiten für die Behörden der Mitgliedstaaten sind, den elektronischen Transfer von Computerprogrammen und Technologien zu kontrollieren, die mit Gütern in Zusammenhang stehen, welche in der gemeinsamen Militärgüterliste enthalten sind.
 7. Die auf eine Verbreitung der Grundsätze und Kriterien des Verhaltenskodex in Drittländern und bei internationalen Organisationen abzielenden Bemühungen sollen fortgesetzt werden.
 8. Die Bemühungen, die auf eine stärkere Einbeziehung der Bewerberländer in die Anwendung des Verhaltenskodex abzielen, sollen fortgesetzt und durch praktische Hilfsmaßnahmen, die auch die Weitergabe von Informationen über Verweigerungen von Ausfuhrgenehmigungen einschließen, unterstützt werden.
 9. Es sollen Überlegungen zu praktischen Maßnahmen angestellt werden, durch die die Anwendung der Mechanismen für Verweigerungsmitteilungen und für Konsultationen bei den Entscheidungsprozessen auf nationaler Ebene verbessert werden kann, wobei die Erfahrungen der Mitgliedstaaten und der Umgang mit der steigenden Zahl von Verweigerungsmitteilungen, die die Mitgliedstaaten einander übermitteln, zu berücksichtigen sind.
-

ANLAGE I

**KOMPENDIUM DER IM RAHMEN DES VERHALTENSKODEX ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN
VEREINBARTEN VERFAHRENSWEISEN**

I. EINLEITUNG

Seit der Verhaltenskodex im Jahre 1998 angenommen wurde, haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Zusammenhang mit dem Kodex und seinen operativen Bestimmungen eine Reihe von Verfahrensweisen vereinbart, die der Verdeutlichung, der Verfeinerung und in einigen Fällen auch der Erweiterung des Anwendungsbereichs der Grundsätze und der operativen Bestimmungen des Kodex dienen.

Die Mitgliedstaaten haben diese vereinbarten Verfahrensweisen in ihre Jahresberichte über die Anwendung des Verhaltenskodex aufgenommen. In diesem Kompendium werden diese Verfahrensweisen systematisch erfasst und jährlich aktualisiert und als Anlage zu dem Jahresbericht veröffentlicht. Zusammen mit dem Kodex bietet das Kompendium einen transparenten und umfassenden Überblick über den Verhaltenskodex und seine Anwendung in den Mitgliedstaaten.

Das Kompendium ist in zwei Abschnitte unterteilt. Der erste Abschnitt ist den allgemeinen Verfahrensweisen im Zusammenhang mit der Anwendung des Kodex gewidmet, der zweite Abschnitt behandelt die Verfahrensweisen, die mit bestimmten operativen Bestimmungen des Kodex im Zusammenhang stehen. Das Jahr, in dem die jeweiligen Verfahrensweisen in den Jahresberichten veröffentlicht wurden, ist in Klammern angegeben. Punkte, die derzeit Gegenstand von Erörterungen sind oder als prioritäre Ziele zur Erörterung anstehen, sind in dem Kompendium nicht enthalten.

II. ALLGEMEINE VERFAHRENSWEISEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER ANWENDUNG DES VERHALTENSKODEX

1. Ausfuhr von im Rahmen humanitärer Einsätze verwendeter Güter

Die Gruppe „COARM“ hat die Frage erörtert, inwieweit es wünschenswert ist, die Ausfuhr von der Kontrolle unterliegenden Gütern zu genehmigen, wenn sie für humanitäre Zwecke bestimmt sind, obwohl diese Ausfuhr für gewöhnlich auf der Grundlage des Verhaltenskodex verweigert würde. In ehemaligen Konfliktgebieten können bestimmte Arten von der Kontrolle unterliegenden Gütern einen bedeutenden Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit der Zivilbevölkerung leisten und den Wiederaufbau der Wirtschaft fördern. Die Mitgliedstaaten sind zu dem Schluss gelangt, dass derartige Ausfuhr nicht im Widerspruch zu dem Verhaltenskodex der Europäischen Union stehen. Wie alle anderen Ausfuhr müssen sie im Einzelfall geprüft werden, wobei den im Kodex aufgeführten Kriterien in vollem Umfang Rechnung zu tragen ist. Die Mitgliedstaaten werden angemessene Garantien verlangen, um einen Missbrauch der betreffenden Güter zu verhindern, und werden gegebenenfalls Vorkehrungen für die Rückführung dieser Güter treffen (2001).

2. Kontrolle der Vermittlungstätigkeit für Waffen

Im Rahmen der Umsetzung des Verhaltenskodex wurde die Frage der Kontrolle der Vermittlungstätigkeit für Waffen im Rahmen der Gruppe „COARM“ mehrfach angeschnitten und erörtert. Entsprechend der in dem zweiten Jahresbericht bekundeten Absicht haben die Mitgliedstaaten ihre Beratungen über die Modalitäten, nach denen die Tätigkeit der Vermittler für Waffen kontrolliert werden soll, fortgesetzt und vertieft. Zu diesem Zweck haben sie sich auf eine Reihe von Leitlinien für die Kontrolle der Vermittlungstätigkeit für Waffen geeinigt, die den nationalen Gesetzgebungen als Orientierung dienen könnten.

Die in der Europäischen Union ansässigen Personen und Körperschaften sind daran zu hindern, Waffenlieferungen zu tätigen, mit denen die auf nationaler Ebene oder von der Europäischen Union oder von den Vereinten Nationen oder der OSZE verhängten Embargos oder die Ausfuhrkriterien des Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhr umgangen werden sollen; ferner ist es wünschenswert, dass die Instrumente geschaffen werden, die für den Informationsaustausch in Bezug auf legale als auch illegale Vermittlungstätigkeiten für Waffen erforderlich sind; dies würde die Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union zur Verhütung und Bekämpfung des Waffenhandels verstärken. Die Mitgliedstaaten haben daher vereinbart, die im Gebiet der EU ansässigen oder niedergelassenen Vermittler für Waffen und/oder die im Gebiet der Mitgliedstaaten ausgeübten Vermittlungstätigkeiten für Waffen einer Kontrolle zu unterwerfen. Diese Kontrolle sollte die Tätigkeiten der Personen und Körperschaften erfassen, die als Vertreter, Konzessionsnehmer oder Vermittler Transaktionen — einschließlich der Lieferung von Waffen und militärischem Gerät zwischen ausländischen Staaten — aushandeln oder zustande bringen. Diese Maßnahmen schaffen ferner einen klaren Rahmen für die Ausübung legaler Vermittlungstätigkeiten für Waffen.

Um die aus den unterschiedlichen nationalen Ansätzen resultierenden Schwachstellen zu beheben und die Arbeiten derjenigen Mitgliedstaaten zu erleichtern, die eine nationale Regelung einführen oder überarbeiten wollen, sind einige Vorschläge in Bezug auf die Vermittlungstätigkeit für Waffen geprüft worden. Die diesbezüglichen Schlussfolgerungen sind nachstehend wiedergegeben.

Was Transaktionen anbelangt, bei denen Kauf- und Verkaufstätigkeiten (der Vermittler für Waffen wird rechtlich Eigentümer der Waffen oder der militärischen Güter) oder Mittlertätigkeiten (der Vermittler erwirbt das Material nicht selbst) stattfinden, so sollte von den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats, in dem die Vermittlungstätigkeiten stattfinden oder in dem der Vermittler ansässig oder niedergelassen ist, eine Lizenz oder eine schriftliche Genehmigung ausgestellt werden. Die Anträge auf eine Lizenz oder Genehmigung sollten in jedem Einzelfall in Bezug auf die Kriterien des Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren geprüft werden.

Ferner sollten die Mitgliedstaaten ernstlich erwägen, Register einzurichten, in die die Vermittler eingetragen würden, oder diese zu verpflichten, bei den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats, in dem sie ansässig oder niedergelassen sind, eine schriftliche Genehmigung einzuholen. Bei der Prüfung eines Antrags auf Genehmigung der Ausübung einer Vermittlungstätigkeit sollten etwa bekannt gewordene Tatsachen in Bezug auf frühere illegale Tätigkeiten berücksichtigt werden. Eine derartige Register- oder Genehmigungsregelung sollte jedoch nicht als eine wie auch immer geartete amtliche Billigung der Vermittlungstätigkeiten missverstanden werden, was sich auch zweifelsfrei daraus ergibt, dass eine Regelung mit Einzel- oder Sammellizenzen für Transaktionen beibehalten wird.

Die auf diesem wichtigen Gebiet gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen sollten mit wirksamen Sanktionen einhergehen. Die Mitgliedstaaten könnten Informationen über die Rechtsvorschriften, die registrierten Vermittler und die Vermittler, die früher nachweislich an illegalen Tätigkeiten teilgenommen haben, austauschen und die einschlägigen Beratungen im Rahmen der Gruppe „COARM“ mit dem Ziel fortsetzen, einige der Kriterien für die Bewertung der Anträge auf Registrierung als Vermittler oder auf Genehmigung der Ausübung einer Vermittlungstätigkeit präziser zu bestimmen (2001).

Im Rahmen der Gruppe „Ausfuhr konventioneller Waffen“ (COARM) haben die Mitgliedstaaten einschlägige Daten bezüglich der in ihren jeweiligen nationalen Rechtsvorschriften vorgesehenen Kontrollen in Bezug auf die Vermittlungstätigkeit gesammelt und erörtert. Mehrere Mitgliedstaaten führen bereits Kontrollen in Bezug auf die Vermittlungstätigkeit durch, andere sind im Begriff, solche Kontrollen einzuführen. Die Mitgliedstaaten haben erörtert, welche Maßnahmen sowohl in den Mitgliedstaaten als auch in einem weiteren Kreis zur Stärkung der politischen Bereitschaft zur Kontrolle der Vermittlungstätigkeit für Waffen ergriffen werden können. Der spanische Vorsitz legte einen Entwurf eines gemeinsamen Standpunkts betreffend die Kontrolle der Vermittlungstätigkeit für Waffen vor; dieser Entwurf wird derzeit geprüft (2002).

3. Immaterieller Technologietransfer

Die Gruppe „COARM“ stellte fest, dass erwogen werden sollte, die elektronische Weitergabe von Computerprogrammen und von Technologien, die mit den in der gemeinsamen Liste aufgeführten Gütern in Zusammenhang stehen, einer wirksamen Kontrolle zu unterwerfen, wie sie bereits in mehreren Mitgliedstaaten erfolgt. Sie kam überein, diese Frage unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beratungen auf dem Gebiet der Güter mit doppeltem Verwendungszweck weiter zu prüfen (2001).

4. Transitverkehr

In Fällen, in denen Mitgliedstaaten für Güter, die in der gemeinsamen Militärgüterliste der Europäischen Union enthalten sind, eine Durchfuhr- oder Umladegenehmigung fordern, sollten die Kriterien des Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren bei der Entscheidung über Anträge auf solche Genehmigungen angemessen berücksichtigt werden (2002).

5. Lizenzfertigung von Rüstungsgütern

Da die Europäische Union über die Auswirkungen von unkontrollierten Waffenströmen und destabilisierend wirkenden Anhäufungen von Waffen und anderem militärischem Gerät sowie über die Auswirkungen einer Weitergabe von Technologien und Mitteln für die Fertigung solcher Waffen und solchem militärischem Gerät besorgt ist, hat sie Maßnahmen zur Konsolidierung und Stärkung von Waffenausfuhrkontrollen ergriffen, um die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu fördern und einen Beitrag zur Konfliktverhütung zu leisten. Die Europäische Union erkennt hiermit die besondere Verantwortung an, die Staaten zufällt, welche Waffen exportieren. Unter Hinweis auf den Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren vom 8. Juni 1998 kamen die Mitgliedstaaten überein, dass sie bei der Prüfung von Anträgen auf Ausfuhrgenehmigungen für Technologien, die der Kontrolle unterliegen, oder für Güter, die im Ausland für die Fertigung von auf der gemeinsamen Militärgüterliste verzeichneten Ausrüstungen verwendet werden können, dem potenziellen Verwendungszweck des Fertigprodukts im Herstellungsland Rechnung tragen wollen, ebenso wie dem Umstand, dass das Fertigprodukt umgeleitet oder exportiert werden und somit in den Besitz eines missliebigen Endverwenders gelangen könnte (2002).

III. VORGEHENSWEISEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN OPERATIVEN BESTIMMUNGEN DES VERHALTENSKODEX

Operative Bestimmung Nummer 3

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union teilen auf diplomatischem Wege Einzelheiten zu den abgelehnten Ausfuhranträgen mit, die in Übereinstimmung mit dem Verhaltenskodex für militärische Ausrüstung verweigert werden, und fügen eine Begründung bei, warum die Genehmigung verweigert wurde. Die mitzuteilenden Einzelangaben sind in dem Mustervordruck in der Anlage A enthalten. Bevor ein Mitgliedstaat eine Genehmigung erteilt, die von einem anderen Mitgliedstaat bzw. anderen Mitgliedstaaten innerhalb der letzten drei Jahre für eine im Wesentlichen gleichartige Transaktion verweigert worden ist, konsultiert er zunächst den bzw. die Mitgliedstaaten, die die Genehmigung verweigert haben. Falls der betreffende Mitgliedstaat im Anschluss an die Konsultationen dennoch beschließt, die Genehmigung zu erteilen, teilt er dies dem bzw. den Mitgliedstaaten, die die Genehmigung ursprünglich verweigert haben, mit und erläutert ausführlich seine Gründe. Die Entscheidung über den Transfer bzw. die Verweigerung des Transfers von militärischer Ausrüstung bleibt im Ermessen eines jeden Mitgliedstaates. Als Ablehnung einer Genehmigung ist anzusehen, wenn der Mitgliedstaat die Genehmigung des tatsächlichen Verkaufs oder der konkreten Ausfuhr der betreffenden militärischen Ausrüstung abgelehnt hat und es andernfalls zu einem Verkauf oder Abschluss des betreffenden Vertrags gekommen wäre. Für diese Zwecke kann eine notifizierbare Ablehnung — im Einklang mit nationalen Verfahren — auch die Ablehnung einer Genehmigung für die Aufnahme von Verhandlungen oder ein abschlägiger Bescheid auf eine förmliche Voranfrage zu einem bestimmten Auftrag sein.

1. Verweigerungsmitteilungen und Konsultationen

Bei Verweigerungsmitteilung werden die laufenden Nummern zur Angabe des Ursprungslandes und die Nummer der Ablehnung angegeben (zusammen mit dem Gemeinschaftskürzel des betreffenden Mitgliedstaates und der Angabe des Jahres).

Verweigerungen, gegen die Rechtsmittel nach den einzelstaatlichen Verfahren eingelegt worden sind, werden im Rahmen des Verhaltenskodex mit einem entsprechenden Hinweis notifiziert.

Beschlüsse zum Entzug bestehender Genehmigungen werden in derselben Weise behandelt wie die Ablehnung eines Antrags auf Ausfuhrgenehmigung.

Verweigerungsmitteilungen, die im Rahmen der internationalen Ausfuhrkontrollregelungen übermittelt worden sind, werden, wenn dies für den Anwendungsbereich des Kodex von Bedeutung ist, auch als Verweigerungsmitteilung im Rahmen des Verhaltenskodex übermittelt.

Für das Konsultationsverfahren gemäß Nummer 3 der operativen Bestimmungen des Kodex gilt eine Frist von zwei bis vier Wochen nach Eingang des Antrags auf Konsultation, es sei denn, die Beteiligten einigen sich auf einen anderen Zeitraum.

Wird ein Waffenembargo aufgehoben, so erlöschen Verweigerungen, die allein auf dem Embargo beruhen, es sei denn, sie werden von dem verweigernden Land binnen eines Monats aufgrund anderer Kriterien des Kodex erneuert.

Verweigerungsmitteilungen sollten folgende Angaben enthalten:

- Bestimmungsland;
- detaillierte Beschreibung des betreffenden Gutes (mit der entsprechenden Nummer aus der gemeinsamen Liste);
- Käufer (mit der Angabe, ob es sich beim Käufer um eine Regierungseinrichtung, um Polizei, Armee, Marine, Luftwaffe oder um paramilitärische Kräfte handelt oder ob der Käufer eine Privatperson, eine natürliche oder juristische Person ist, und, falls sich die Weigerung auf Kriterium 7 stützt, den Namen der natürlichen oder juristischen Person);
- Beschreibung des Endverwendungszwecks;
- Gründe für die Ablehnung (bei denen nicht nur die Nummer bzw. Nummern des Kriteriums/der Kriterien, sondern auch die Gründe, auf die sich die Beurteilung stützt, zu nennen sind);
- Zeitpunkt der Ablehnung (oder Mitteilung zu dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Ablehnung, sofern sie noch keine Anwendung findet).

Die Weigerung, eine Transaktion zu genehmigen, die als im Wesentlichen gleichartig mit einer Transaktion beurteilt wird, für die von einem anderen Mitgliedstaat bereits eine Verweigerungsmitteilung vorliegt, ist ebenfalls mitzuteilen.

Der Staat, der die Konsultation eingeleitet hat, sollte systematisch den mitteilenden Staat über seine letztendliche Entscheidung unterrichten, und zwar unabhängig davon, ob eine Genehmigung erteilt oder verweigert wird.

Auch wenn die Konsultationspflicht gemäß dem Verhaltenskodex nach drei Jahren endet, so wird eine Verweigerung, die vor über drei Jahren ausgesprochen wurde, nicht hinfällig, da sie noch einen Informationswert haben könnte (2000).

2. Dialog über die trotz einer früheren Verweigerung erteilten Genehmigungen („undercutting“)

Die Fälle von Anträgen auf Ausfuhrgenehmigung, in denen Konsultationen aufgrund einer Genehmigungsverweigerung zu einer positiven Entscheidung führen, könnten besonders nützliches Material für den Dialog über die Auslegung der Kriterien des Kodex darstellen und somit die Konvergenz auf dem Gebiet der Ausfuhr konventioneller Waffen fördern.

Diese Fälle könnten das Ergebnis von Entwicklungen im betreffenden Bestimmungsland sein und/oder verschiedene Auslegungen der Kriterien aktualisieren. Vor diesem Hintergrund sind die Mitgliedstaaten, die beschließen, eine Genehmigungsverweigerung nicht zu berücksichtigen, damit einverstanden, dass unter Wahrung der Vertraulichkeit die diesen Beschluss betreffenden Informationen nicht nur (wie in den operativen Bestimmungen vorgesehen) dem Staat, der die Verweigerung ursprünglich ausgesprochen hat, sondern auch im Rahmen der Gruppe „COARM“ der Gesamtheit der Mitgliedstaaten mitgeteilt werden, soweit dies mit den nationalen Erwägungen vereinbar ist (2001).

3. Der Ansatz der „im Wesentlichen gleichartigen Transaktionen“

Bei den Beratungen der Gruppe „COARM“ zu diesem Thema konnte folgende gemeinsame Ausrichtung erzielt werden:

Durch die tägliche Anwendung des im Kodex vorgesehenen Verweigerungsmechanismus wird die Erfahrung erworben, die eine eindeutige Bestimmung des Begriffs „im Wesentlichen gleichartige Transaktion“ ermöglichen wird.

Dieser Prozess wird durch die Entscheidung für ein globales Konzept für die Bewertung der Transaktionen und für eine — für die erste Zeit — weit gefasste Auslegung des Begriffs „im Wesentlichen gleichartige Transaktionen“ erleichtert. Bei den anschließenden Konsultationen können dann erforderliche Erfahrungen gesammelt werden, mit deren Hilfe der Begriff schrittweise präziser definiert werden kann.

Um den Prozess noch stärker zu beschleunigen, wird sich der Mitgliedstaat, der die Konsultation eingeleitet hat, darum bemühen, im Rahmen der Gruppe „COARM“ mit den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union Informationen über die Fälle, in denen sich aus den Konsultationen ergibt, dass zwei Transaktionen nicht im Wesentlichen gleichartig waren, unter Wahrung der Vertraulichkeit auszutauschen, soweit dies mit den nationalen Erwägungen vereinbar ist. Entsprechend der inneren Logik des Konsultationsmechanismus werden diese Fälle nicht als „undercuttings“ angesehen (2000).

Operative Bestimmung Nummer 4

Die Mitgliedstaaten behandeln derartige Ablehnungen und die entsprechenden Konsultationen vertraulich und ziehen daraus keine wirtschaftlichen Vorteile.

1. Vertraulichkeit der Konsultationen

Die Mitgliedstaaten haben insbesondere die Modalitäten der Konsultationsverfahren und dabei vor allem die Probleme im Zusammenhang mit der notwendigen Vertraulichkeit dieses Austausches geprüft, die allerdings dem Transparenzprinzip des Verhaltenskodex nicht entgegenstehen darf (2000).

Operative Bestimmung Nummer 5

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union arbeiten auf die baldige Annahme einer gemeinsamen Liste der vom Verhaltenskodex erfassten militärischen Ausrüstung hin, die sich auf entsprechende nationale und internationale Listen stützt. Bis zur Annahme einer solchen gemeinsamen Liste erfolgt die Anwendung des Verhaltenskodex auf der Grundlage nationaler Kontroll-Listen, in die, soweit zweckmäßig, Bestandteile einschlägiger internationaler Listen einbezogen werden.

1. Die gemeinsame Militärgüterliste

Die gemeinsame Militärgüterliste ist vom Rat am 13. Juni 2000 angenommen und am 8. Juli 2000 im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht worden. Der Rat beschloss, die Liste gemäß dem Grundsatz der weit reichenden Transparenz, der dem Verhaltenskodex zugrunde liegt, zu veröffentlichen.

Künftig werden die Mitgliedstaaten sich bei Verweigerungsmittelungen auf die gemeinsame Liste beziehen (dies gilt rückwirkend auch für bereits vorgenommene Verweigerungsmittelungen), wodurch der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über diese Fragen klarer und einfacher wird.

Ablehnungen, die für Güter ausgesprochen werden, die der einzelstaatlichen Kontrolle durch die Mitgliedstaaten unterliegen, jedoch nicht in der oben genannten Liste aufgeführt sind, werden weiterhin allen Mitgliedstaaten mitgeteilt. Mitgliedstaaten, die bei solchen Gütern keine Kontrollen vornehmen, setzen die anderen Mitgliedstaaten davon in Kenntnis.

Die gemeinsame Militärgüterliste ist als politische Verpflichtung im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu werten. Alle Mitgliedstaaten haben sich damit politisch verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass es aufgrund ihrer nationalen Vorschriften möglich ist, die Ausfuhr aller in der Liste aufgeführten Güter zu kontrollieren. Die gemeinsame Militärgüterliste wird als Bezugsrahmen für die nationalen Militärgüterlisten der Mitgliedstaaten dienen, wobei sie diese jedoch nicht unmittelbar ersetzen.

Da diese gemeinsame Liste fortgeschrieben werden soll, werden die Mitgliedstaaten sie im Rahmen der Gruppe „COARM“ weiterhin regelmäßig aktualisieren.

Die Mitgliedstaaten haben schließlich erklärt, dass sie alle Bemühungen unterstützen werden, Güter, die zwar auf der gemeinsamen Militärgüterliste, nicht aber auf der Wassenaar-Militärgüterliste aufgeführt sind, für eine Prüfung im Rahmen des Wassenaar-Arrangements vorzuschlagen (2000).

Die Gruppe „COARM“ kam dahin gehend überein, dass die Vorsitze im Hinblick auf Entscheidungen über eine eventuelle Aktualisierung der gemeinsamen Liste der EU in regelmäßigen Abständen Sondersitzungen (auf Expertenebene) einberufen sollten, damit Änderungen der Wassenaar-Liste Rechnung getragen werden kann, die Positionen der Mitgliedstaaten abgestimmt und gegebenenfalls gemeinsame Vorschläge für Änderungen der Wassenaar-Liste vereinbart werden können (2002).

2. Kontrolle der Ausfuhr von nicht militärischen Gütern und von Gütern für Polizeizwecke

Die Gruppe „COARM“ hat sich verpflichtet, ein gemeinsames Verzeichnis nicht militärischer Güter für Sicherheits- und Polizeizwecke zu erstellen, deren Ausfuhr gemäß Kriterium zwei des Kodex — „die Achtung der Menschenrechte im Endbestimmungsland“ — kontrolliert werden sollte. Die Kommission hat nunmehr einen Vorschlag für einen gemeinschaftlichen Mechanismus zur Kontrolle der Ausfuhr nicht militärischer, für Zwecke der internen Repression verwendbare Güter angekündigt (2001).

Die Kommission kündigte ihre Absicht an, einen Vorschlag für eine Gemeinschaftsverordnung vorzulegen, die solche Güter abdeckt und erläuterte ihre ersten Vorstellungen hinsichtlich des Aufbaus und des Inhalts eines solchen Vorschlags; dieser solle ein Verbot aller ausschließlich zur Folter verwendeten Güter beinhalten und strikte Kontrollen für alle Güter vorschreiben, die für die interne Repression eingesetzt werden können (2002).

Operative Bestimmung Nummer 7

Damit der Verhaltenskodex den größtmöglichen Nutzeffekt erhält, werden die Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Rahmen der GASP tätig werden, um ihre Zusammenarbeit zu verstärken und ihre Konvergenz im Bereich der Ausfuhr konventioneller Waffen zu fördern.

1. Berufungsverfahren

Die Gruppe „COARM“ führte einen Gedankenaustausch über die möglichen Beschwerdeverfahren im Bereich der Ausfuhr von Militärgütern (2001).

2. Endverwendererklärung

Die Mitgliedstaaten haben sich hinsichtlich der Ausfuhr von Gütern, die in der gemeinsamen Militärgüterliste erfasst sind, auf einen gemeinsamen Kern von Angaben verständigt, die ein von einem Mitgliedstaat angefordertes Endbestimmungszertifikat enthalten sollte. Die Mitgliedstaaten haben zudem weitere Angaben festgelegt, die gemäß ihren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften ebenfalls benötigt werden könnten.

Nachstehend sind die Mindestangaben aufgeführt, die eine Endverwendererklärung enthalten muss:

- Angaben zum Exporteur, mindestens Name, Anschrift und Firma;
- Angaben zum Endverwender, mindestens Name, Anschrift und Firma; handelt es sich um ein Unternehmen, das die Waren auf dem einheimischen Markt weiterverkauft, gilt das Unternehmen als der Endverwender;
- Endbestimmungsland;
- Beschreibung der zur Ausfuhr bestimmten Waren (Art, Eigenschaften) oder Verweis auf den mit den Behörden des Endbestimmungslands abgeschlossenen Vertrag;
- Menge und/oder Wert der zur Ausfuhr bestimmten Güter;
- Unterschrift, Name und Status des Endverwenders;
- Datum der Endverwendererklärung;

- Endverwenderklausel und/oder Wiederausfuhrverbotsklausel.

Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten gemäß ihren nationalen Rechtsvorschriften unter anderem folgende Angaben verlangen:

- eine Klausel, die die Wiederausfuhr der von der Endverwendererklärung abgedeckten Güter verbietet. Eine solche Klausel könnte unter anderem
 - ein allgemeines Wiederausfuhrverbot enthalten,
 - vorsehen, dass eine Wiederausfuhr nur mit schriftlicher Genehmigung der Behörden des Landes möglich ist, aus dem die Güter ursprünglich ausgeführt wurden;
 - eine Wiederausfuhr ohne vorherige Genehmigung der Behörden des Ausfuhrlandes erlauben, sofern es sich um eine Wiederausfuhr in bestimmte in der Endverwendererklärung definierte Länder handelt;
- Angabe des Endverwendungszwecks der Güter;
- gegebenenfalls eine Verpflichtung, dass die zur Ausfuhr bestimmten Güter ausschließlich für die erklärten Zwecke verwendet werden;
- gegebenenfalls eine Verpflichtung, dass die Güter nicht für die Entwicklung, die Herstellung oder den Einsatz von chemischen, biologischen oder atomaren Waffen oder von Raketen, die solche Waffen transportieren können, verwendet werden;
- gegebenenfalls genaue Angaben über den Zwischenhändler;
- wird die Endverwendererklärung von der Regierung des Landes erstellt, für das die Güter bestimmt sind, so wird die Erklärung von den Behörden des Ausfuhrlandes beglaubigt, damit die Echtheit der Unterschrift des Unterzeichners und seine Berechtigung zum Eingehen von Verpflichtungen im Namen seiner Regierung geprüft werden können (2002).

3. Abstimmung der Mitgliedstaaten

Die Koordinierung innerhalb der Europäischen Union im Rahmen der Konferenz der Vereinten Nationen über den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen, die vom 9. bis 20. Juli 2001 in New York stattgefunden hat, war vorbildlich, denn die Europäische Union war die einzige Staatengruppe, die einen globalen Aktionsplan vorgelegt hat.

Sie ist ferner bei den Ausschusssitzungen zur Vorbereitung der Konferenz sehr deutlich in Erscheinung getreten, indem sie ohne Zögern mit einer einzigen Stimme — der des Vorsitzes — gesprochen hat, um ihre Vorstellungen auf diesem Gebiet klar zum Ausdruck zu bringen.

Operative Bestimmung Nummer 8

Jeder Mitgliedstaat übermittelt den anderen Mitgliedstaaten jährlich vertraulich einen Bericht über seine Rüstungsexporte und seine Durchführung des Verhaltenskodex. Diese Berichte werden auf einer jährlichen Tagung im Rahmen der GASP erörtert. Auf dieser Tagung werden auch die Funktionsweise des Kodex überprüft, etwa erforderliche Verbesserungen ermittelt und dem Rat ein konsolidierter Bericht unterbreitet, der auf Beiträgen der Mitgliedstaaten aufbaut.

1. Harmonisierung der nationalen Berichte

Die Mitgliedstaaten kamen überein, dass der der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellte Bericht Daten über die Anzahl und den Wert der erteilten Ausfuhrgenehmigungen sowie den Wert der tatsächlichen Ausfuhren, nach Empfängerländern aufgeschlüsselt, enthalten soll, sofern solche Daten verfügbar sind. In dem Bericht soll ebenfalls je Empfängerland die Gesamtzahl der von jedem einzelnen Mitgliedstaat ausgesprochenen Verweigerungen und die Gesamtzahl der von allen Mitgliedstaaten ausgesprochenen Verweigerungen angegeben werden, ebenso wie die Kriterien, die zur Begründung der Verweigerung angeführt wurden, und die Häufigkeit, mit der die jeweiligen Kriterien angeführt werden (2002).

Operative Bestimmung Nummer 9

Die Mitgliedstaaten beurteilen, sofern geboten, gemeinsam im Rahmen der GASP anhand der Grundsätze und Kriterien des Verhaltenskodex die Lage potenzieller oder tatsächlicher Empfänger von Rüstungsausfuhren aus Mitgliedstaaten.

1. Konsultationen innerhalb der Gruppe „COARM“

Jeder Einzelfall von Waffenausfuhr kann von den Delegationen in der COARM-Gruppe zur Sprache gebracht werden, wenn dies für die einzelstaatliche Entscheidungsfindung in Bezug auf Genehmigungen für sinnvoll gehalten wird (1999).

Die Mitgliedstaaten tauschen auch weiterhin Informationen über die einzelstaatliche Auslegung von Embargos der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa aus.

Des Weiteren erfolgt eine gegenseitige Abstimmung der Mitgliedstaaten in Bezug auf die nationalen Politiken zur Kontrolle der Waffenausfuhren in bestimmte Länder oder Regionen, gegen die kein Embargo verhängt wurde, gegenüber denen aber besondere Wachsamkeit herrschen muss (Bestehen eines internen oder externen Konflikts, Menschenrechtssituation usw.) (2000).

2. Fortentwicklung des Austauschs von Informationen über die einzelstaatliche Kontrollpolitik auf dem Gebiet der Waffenausfuhren in bestimmte Länder oder Regionen, denen gegenüber besondere Wachsamkeit geboten erscheint

Ein substanzielles Korpus der Verweigerungsmitteilungen im Rahmen des Mechanismus des Verhaltenskodex bildet die materielle Grundlage dieses Austauschs. Dieser wurde ferner durch einen regelmäßigen und systematischen Gedanken- und Informationsaustausch zwischen allen Mitgliedstaaten über bestimmte Länder und Regionen ergänzt, der im Rahmen der Gruppe „COARM“ stattgefunden hat (2001).

Operative Bestimmung Nummer 11

Die Mitgliedstaaten werden sich nach Kräften dafür einsetzen, andere rüstungsexportierende Staaten dazu zu ermutigen, sich den Grundsätzen dieses Verhaltenskodex anzuschließen.

1. Drittländer

Drittländer, die erklärt haben, dass sie sich den Grundsätzen und Kriterien des Kodex anschließen, und die in die Umstrukturierung der europäischen Rüstungsindustrie einbezogen worden sind, erhalten Zugang zu der sich fortentwickelnden Auslegung der Grundsätze und Kriterien des Kodex. Dies bedeutet nicht, dass Zugang zu den Informationen besteht, die im Laufe der Verfahren gemäß den operativen Bestimmungen des Kodex zur Verfügung gestellt werden.

Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten setzen sich weiterhin dafür ein, andere rüstungsexportierende Staaten zu ermutigen, sich den Grundsätzen des Verhaltenskodex anzuschließen (2001).

Der Verhaltenskodex war eines der Hauptthemen bei allen Konsultationen, die im Rahmen des politischen Dialogs mit Nichtmitgliedstaaten durchgeführt wurden. Die Konsultationen mit den Vereinigten Staaten über mögliche Folgemaßnahmen zu der Erklärung der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten vom Dezember 2000 zu den Verantwortlichkeiten von Staaten und zur Transparenz bei Waffenexporten werden fortgeführt (2002).

2. Einbeziehung assoziierter Länder in Verweigerungsmitteilungen

Die Mitgliedstaaten vereinbarten, Informationen über Verweigerungen von Ausfuhrgenehmigungen in zusammengefasster Form an assoziierte Länder weiterzugeben und diese zu ermutigen, die Mitgliedstaaten in vergleichbarer Form über von ihnen verweigerte Ausfuhrgenehmigungen zu informieren. Die Informationen werden über den Vorsitz weitergeleitet und umfassen folgende Angaben: Bestimmungsland, Kurzbeschreibung der Güter und ihre Einstufung in der Militärgüterliste, Klassifizierung der Endverwender nach Regierungsstellen oder privaten Stellen sowie Gründe für die Verweigerung der Genehmigung (Kriterien gemäß EU-Verhaltenskodex) (2002).

ANLAGE II

ANGABEN ZUR AUSFUHR KONVENTIONELLER WAFFEN UND ZUR UMSETZUNG DES VERHALTENS-KODEX IN DEN MITGLIEDSTAATEN FÜR DEN ZEITRAUM VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2001

Die Erhebung statistischer Daten ist von Staat zu Staat unterschiedlich und folgt keinem einheitlichen Standard. Auch waren die Mitgliedstaaten wegen ihrer Verfahren im Bereich der Waffenausfuhrkontrolle oder wegen der geltenden Datenschutzgesetze nicht alle in der Lage, Angaben für die Tabelle zu machen.

Die beigefügten Tabellen enthalten folgende Angaben:

TABELLE A

- Je Mitgliedstaat ⁽¹⁾ aufgeschlüsselt nach Ländern (a) = Zahl der erteilten Genehmigungen (falls verfügbar), (b) = Wert der erteilten Genehmigungen in Euro (falls verfügbar), (c) = Wert der Waffenausfuhr in Euro (falls verfügbar) (die Gesamtzahlen je Region sind in Fettdruck ausgewiesen)
- Gesamtausfuhr je Mitgliedstaat und Gesamtausfuhr der EU, aufgeschlüsselt nach Bestimmungsländern ⁽¹⁾ (a) = Zahl der erteilten Genehmigungen (falls verfügbar), (b) = Wert der erteilten Genehmigungen in Euro (falls verfügbar), (c) = Wert der Waffenausfuhr in Euro (falls verfügbar), (d) = Zahl der verweigerten Genehmigungen, (e) = Nummern der Kriterien, auf die die Verweigerung gründet (in Klammern angegeben ist, wie viele Male ungefähr ein Kriterium angeführt wurde); Abweichungen in den Summen nach Gebieten und nach Mitgliedstaaten werden in den Fußnoten 4 und 8 erläutert, die auch für mehrere Mitgliedstaaten gelten könnten.

TABELLE B

Gesamtzahl der von jedem Mitgliedstaat ausgehenden und an jeden Mitgliedstaat gerichteten Konsultationen.

TABELLE C

Internet-Adressen, unter denen die nationalen Berichte über Waffenausfuhren abgerufen werden können.

⁽¹⁾ Um die Tabelle lesefreundlicher zu gestalten, wurde auf die Vermerke „entfällt“ und/oder „nicht verfügbar“ verzichtet.

TABELLE A (*)

Regions Countries	Member States							
	Austria ⁽¹⁾	Belgium ⁽²⁾	Denmark	Finland	France	Germany ⁽³⁾	Greece	Ireland
North Africa	(a) 21 (a') 1 (b) 2 262 724	(a) 8 (b) 1 333 556 (c) 628 000			(c) 172 048 467	(a) 14 (b) 1 009 698		
Algeria	(a) 3 (b) 84 478	(a) 2 (b) 1 013 295			(c) 7 742 390	(a) 4 (b) 742 336		
Libya					(e) 4 (1)			
Morocco	(a) 5 (b) 683 672	(a) 2 (b) 153 300 (c) 620 000			(c) 160 724 433	(a) 5 (b) 237 562		
Tunisia	(a) 13 (a') 1 (b) 1 494 574	(a) 4 (b) 166 961 (c) 8 000			(c) 3 581 644	(a) 5 (b) 29 800		
Sub-Saharan Africa	(a) 73 (b) 4 967 116	(a) 20 (b) 4 451 638 (c) 476 000	(a) 5 (b) 8 049	(c) 5 900	(c) 64 740 844	(a) 318 (b) 8 624 219 (c) 875 843	(a) 4 (b) 519 414	(a) 2 (b) 25 835
Angola								
Benin		(a) 2 (b) 1 966 733			(c) 57 627			
Botswana	(a) 6 (b) 1 254 058	(c) 17 000			(c) 30 745 390	(a) 9 (b) 309 015	(a) 1	
Burkina Faso		(a) 1 (b) 3 816			(c) 87 555			
Burundi								
Cameroon	(a) 2 (b) 1 926				(c) 2 450 827	(a) 3 (b) 2 163		
Central African Republic								
Chad								
Congo (Republic of)								
Congo (Democratic Republic of)		(a) 2 (b) 28 825				(a) 3 (b) 7 106		
Equatorial Guinea								

(*) Die Tabelle gibt es nur in englischer Fassung.

Regions Countries	Member States							
	Austria ⁽¹⁾	Belgium ⁽²⁾	Denmark	Finland	France	Germany ⁽³⁾	Greece	Ireland
Eritrea			(a) 2					
Ethiopia						(a) 1 (b) 1 329		
Gabon	(a) 1 (b) 6 749				(c) 1 413 975	(a) 4 (b) 660 431		
Gambia								
Ghana					(c) 6 000			
Guinea					(c) 940 214			
Ivory Coast					(c) 26 292			
Kenya	(a) 3 (b) 10 496	(a) 4 (b) 145 321				(a) 9 (b) 110 011		
Lesotho								
Liberia								
Malawi					(c) 2 005 000	(a) 1 (b) 8 583		
Mali		(a) 1 (b) 1 474 937						
Mauritania								
Mauritius	(a) 4 (b) 9 447	(a) 1 (b) 1 482			(c) 100 616	(a) 1 (b) 2 045		
Mozambique								
Namibia	(a) 11 (b) 211 221					(a) 35 (b) 132 884		
Niger					(c) 38 689			
Nigeria	(a) 4 (b) 1 099 632	(a) 1 (b) 500 000			(c) 141 930	(a) 1 (b) 1 533 876		
Rwanda						(a) 1 (b) 409 034		(a) 1 (b) 12 335
Senegal					(c) 244 056			

Regions Countries	Member States							
	Austria ⁽¹⁾	Belgium ⁽²⁾	Denmark	Finland	France	Germany ⁽³⁾	Greece	Ireland
Seychelles								
Sierra Leone								
Somalia						(a) 1 (b) 11 760		
South Africa	(a) 29 (b) 2 219 550	(a) 6 (b) 328 598 (c) 459 000	(a) 3 (b) 8 049	(c) 5 900	(c) 25 992 518	(a) 91 (b) 5 286 789 (c) 875 843	(a) 3	
Sudan	(a) 1 (b) 10 756							
Tanzania	(a) 11 (b) 124 361					(a) 121 (b) 63 986		
Togo					(c) 16 184			
Uganda								
Zambia	(a) 1 (b) 1 497					(a) 32 (b) 74 506		(a) 1 (b) 13 500
Zimbabwe	(a) 2 (b) 19 349				(c) 473 971	(a) 5 (b) 10 701		
North America	(a) 84 (a') 14 (b) 287 725 653	(a) 119 (b) 145 483 927 (c) 61 501 000	(a) 28 (b) 48 843 299	(a) 9 (b) 5 298 749 (c) 1 777 700	(c) 98 370 003	(a) 1 137 (b) 610 969 247 (c) 41 110 935	(a) 7 (b) 11 125 454	(a) 14 (b) 395 649
Canada	(a) 8 (a') 4 (b) 2 135 032	(a) 30 (b) 12 284 463 (c) 29 441 000	(a) 2 (b) 124	(a) 2 (b) 286 746 (c) 19 800	(c) 14 714 015	(a) 254 (b) 44 141 494 (c) 7 494 005	(a) 7 (b) 11 125 454	(a) 5 (b) 41 500
United States	(a) 76 (a') 10 (b) 285 590 621	(a) 89 (b) 133 199 464 (c) 32 060 000	(a) 26 (b) 48 843 175	(a) 7 (b) 5 012 003 (c) 1 757 900	(c) 83 655 988	(a) 883 (b) 566 827 753 (c) 33 616 930		(a) 9 (b) 354 149
Central America and the Carribbean	(a) 39 (a') 1 (b) 2 138 221 (e) 2	(a) 23 (b) 39 187 877 (c) 2 536 000			(c) 48 312 016	(a) 39 (b) 1 427 924 (c) 2 045	(a) 2 (b) 975 071	
Antigua and Barbuda								
Bahamas								
Barbados	(a) 2 (b) 25 004							

Regions Countries	Member States							
	Austria ⁽¹⁾	Belgium ⁽²⁾	Denmark	Finland	France	Germany ⁽³⁾	Greece	Ireland
Belize						(a) 1 (b) 2 370		
Costa Rica	(a) 4 (b) 418 532					(a) 5 (b) 11 851		
Cuba								
Dominica						(a) 3 (b) 2 905		
Dominican Republic	(a) 4 (a') 1 (b) 638 131	(a) 7 (b) 38 413 895 (c) 552 000				(a) 6 (b) 97 326		
El Salvador		(a) 2 (b) 17 315						
Grenada								
Guatemala	(a) 10 (b) 535 835							
Honduras	(a) 1 (b) 10 374							
Jamaica	(a) 9 (b) 169 390	(a) 1 (b) 32 500 (c) 22 000				(a) 2 (b) 12 172		
Mexico	(a) 4 (b) 251 789	(a) 7 (b) 504 369 (c) 1 667 000			(c) 48 312 016	(a) 13 (b) 1 275 297 (c) 2 045	(a) 2 (b) 975 071	
Nicaragua	(a) 1 (b) 27 602							
Panama	(a) 2 (b) 48 081	(c) 2 000						
Saint Lucia	(a) 1 (b) 7 066							
Trinidad and Tobago	(a) 1 (b) 6 417	(a) 6 (b) 219 798 (c) 293 000				(a) 9 (b) 26 003		

Regions Countries	Member States							
	Austria ⁽¹⁾	Belgium ⁽²⁾	Denmark	Finland	France	Germany ⁽³⁾	Greece	Ireland
South America	(a) 142 (a') 14 (b) 24 950 265	(a) 71 (b) 36 951 326 (c) 6 210 000	(a) 1 (b) 962 710	(a) 2 (b) 19 437 (c) 28 000	(c) 74 201 446	(a) 195 (b) 34 612 208 (c) 466 810	(a) 1 (b) 1 068 826	
Argentina	(a) 34 (a') 7 (b) 5 846 989	(a) 7 (b) 1 820 867 (c) 371 000		(c) 8 400	(c) 2 912 067	(a) 29 (b) 2 286 538 (c) 55 731		
Bolivia	(a) 3 (a') 1 (b) 11 082 354					(a) 1 (b) 1 255		
Brazil	(a) 22 (a') 5 (b) 4 431 339	(a) 26 (b) 6 876 778 (c) 4 189 000	(a) 1 (b) 962 710		(c) 23 798 391	(a) 68 (b) 9 928 341 (c) 138 049	(a) 1 (b) 1 068 826	
Chili	(a) 13 (b) 252 187	(a) 16 (b) 845 371 (c) 56 000		(a) 2 (b) 19 437 (c) 19 600	(c) 12 865 973	(a) 76 (b) 12 252 680 (c) 49 595		
Colombia	(a) 1 (b) 422	(a) 1 (b) 3 900			(c) 2 002 251	(a) 3 (b) 8 935 374		
Ecuador	(a) 20 (b) 80 901	(a) 7 (b) 513 332 (c) 377 000			(c) 3 136 415	(a) 5 (b) 982 528 (c) 223 435		
Guyana	(a) 3 (b) 18 209					(a) 1 (b) 20 230		
Paraguay						(a) 1 (b) 409		
Peru	(a) 6 (b) 238 863	(c) 50 000			(c) 4 875 848	(a) 2 (b) 23 455		
Suriname	(a) 2 (b) 14 561	(a) 2 (b) 406 264						
Uruguay	(a) 5 (b) 240 014	(a) 1 (b) 83 179 (c) 92 000			(c) 1 022 917	(a) 6 (b) 18 168		
Venezuela	(a) 33 (a') 1 (b) 2 744 426	(a) 11 (b) 26 401 635 (c) 1 075 000			(c) 23 587 584	(a) 3 (b) 163 230		

Regions Countries	Member States							
	Austria ⁽¹⁾	Belgium ⁽²⁾	Denmark	Finland	France	Germany ⁽³⁾	Greece	Ireland
Central Asia	(a) 7 (a') 1 (b) 84 056				(c) 36 201 643	(a) 36 (b) 1 418 958		
Kazakhstan	(a) 6 (a') 1 (b) 80 480				(c) 4 207 251	(a) 29 (b) 1 284 912		
Kyrgyzstan								
Tajikistan								
Turkmenistan						(a) 3 (b) 19 396		
Uzbekistan	(a) 1 (b) 3 576				(c) 31 994 392	(a) 4 (b) 114 650		
North East Asia	(a) 44 (a') 4 (b) 1 006 979	(a) 28 (b) 10 559 598 (c) 3 184 000	(a) 2 (b) 6 752	(a) 1 (b) 25 228 (c) 1 000	(c) 74 465 323	(a) 389 (b) 957 106 965 (c) 3 559 103		
China (mainland)	(a) 1 (b) 845				(c) 8 113 408	(a) 7 (b) 96 411		
China (Hong Kong)	(a) 5 (b) 138 475					(a) 8 (b) 8 783		
China (Maçao)	(a) 22 (b) 208 745							
Korea (Democratic People's Republic of)								
Korea (Democratic Republic of)	(a) 6 (a') 4 (b) 43 821	(a) 1 (b) 25 000	(a) 1 (b) 3 551		(c) 34 184 295	(a) 197 (b) 930 099 992 (c) 3 559 103		
Japan	(a) 4 (b) 364 921	(a) 19 (b) 6 091 835	(a) 1 (b) 3 201	(a) 1 (b) 25 228 (c) 1 000	(c) 32 167 620	(a) 157 (b) 14 851 908		
Mongolia						(a) 3 (b) 16 814		

Regions Countries	Member States							
	Austria ⁽¹⁾	Belgium ⁽²⁾	Denmark	Finland	France	Germany ⁽³⁾	Greece	Ireland
Taiwan	(a) 6 (b) 250 169	(a) 8 (b) 4 442 763 (c) 3 184 000				(a) 17 (b) 12 033 057		
South East Asia	(a) 169 (a') 1 (b) 5 505 804	(a) 54 (b) 54 821 084 (c) 2 947 000	(a) 1	(a) 10 (b) 1 508 622 (c) 170 000	(c) 117 178 679	(a) 399 (b) 115 460 803 (c) 3 413 385	(a) 5 (b) 493 673	(a) 5 (b) 29 065 427
Brunei	(a) 3 (b) 299 471	(a) 23 (b) 6 046 069 (c) 22 000			(c) 39 330 573	(a) 9 (b) 347 660		
Cambodia	(a) 1 (b) 108 696							
Indonesia	(a) 6 (b) 781 262	(a) 1 (b) 6 250 000			(c) 19 687 450	(a) 4 (b) 1 037 328		
Lao (People's Democratic Republic)								(a) 1 (b) 142 485
Malaysia	(a) 26 (b) 2 354 260	(a) 4 (b) 938 010 (c) 750 000		(a) 1 (b) 16 271 (c) 16 300	(c) 13 728 527	(a) 69 (b) 22 200 284		
Myanmar								
Philippines	(a) 12 (b) 129 724	(a) 3 (b) 390 979 (c) 293 000 (e) 7			(c) 1 320	(a) 1 (b) 2 897		
Singapore	(a) 37 (a') 1 (b) 297 950	(a) 15 (b) 39 394 996 (c) 1 476 000	(a) 1	(a) 5 (b) 1 123 388 (c) 53 600	(c) 43 740 652	(a) 150 (b) 85 508 172 (c) 2 737 457		(a) 3 (b) 28 482 942
Thailand	(a) 82 (b) 1 340 275	(a) 8 (b) 1 801 030 (c) 14 000		(a) 3 (b) 108 003 (c) 100 100	(c) 565 918	(a) 164 (b) 6 260 519 (c) 675 928	(a) 5 (b) 493 673	
East Timor		(c) 392 000				(a) 1 (b) 98 168		
Vietnam	(a) 2 (b) 194 166			(a) 1 (b) 260 960	(c) 124 149	(a) 2 (b) 5 775		(a) 1 (b) 440 000

Regions Countries	Member States							
	Austria ⁽¹⁾	Belgium ⁽²⁾	Denmark	Finland	France	Germany ⁽³⁾	Greece	Ireland
South Asia	(a) 60 (a') 1 (b) 2 332 156	(a) 6 (b) 9 388 420 (c) 4 101 000			(c) 138 000 076	(a) 215 (b) 6 360 814		
Afghanistan								
Bangladesh	(a) 1 (b) 407 250	(a) 1 (b) 608 058				(a) 129 (b) 173 843		
Bhutan						(a) 1 (b) 856		
India	(a) 52 (a') 1 (b) 508 220	(a) 5 (b) 8 780 362 (c) 4 064 000			(c) 85 753 487	(a) 72 (b) 5 806 740		
Maldives		(c) 37 000						
Nepal	(a) 4 (b) 1 406 617					(a) 9 (b) 376 836		
Pakistan	(a) 3 (b) 10 069				(c) 51 855 492	(a) 4 (b) 2 539		
Sri Lanka					(c) 391 097			
European Union	(a) 5 (a') 55 (b) 15 100	(a) 390 (b) 81 622 664 (c) 31 540 000	(a) 83 (b) 25 345 839	(a) 54 (b) 22 811 093 (c) 32 074 100	(c) 624 259 342	(a) 3 893 (b) 1 329 688 869 (c) 232 904 190	(a) 13 (b) 3 640 756	(a) 23 (b) 19 417 574
Austria		(a) 7 (b) 1 498 439 (c) 336 000	(a) 1 (b) 60 750	(a) 2 (b) 42 600 (c) 265 600	(c) 11 357 825	(a) 306 (b) 50 219 100 (c) 2 864 257	(a) 1	
Belgium	(a') 4		(a) 4 (b) 203 252	(c) 34 600	(c) 34 923 587	(a) 320 (b) 61 256 494 (c) 10 047 908	(a) 1	
Denmark	(a') 4	(a) 9 (b) 21 280 340 (c) 336 000		(a) 3 (b) 6 128 768 (c) 1 300	(c) 12 639 309	(a) 188 (b) 71 171 596 (c) 4 746 323		
Denmark (Greenland)	(a) 1 (b) 8 430					(a) 9 (b) 22 494		
Denmark (Faeroe)						(a) 2 (b) 963		

Regions Countries	Member States							
	Austria ⁽¹⁾	Belgium ⁽²⁾	Denmark	Finland	France	Germany ⁽³⁾	Greece	Ireland
Finland	(a') 1	(a) 1 (b) 117 509 (c) 71 000	(a) 1 (b) 14 515		(c) 2 222 407	(a) 64 (b) 19 375 809 (c) 12 271		(a) 3 (b) 244 354
France	(a) 1 (a') 4 (b) 1 453	(a) 81 (b) 37 756 359 (c) 7 474 000	(a) 7 (b) 4 335 330	(a) 2 (b) 19 030 (c) 82 200		(a) 419 (b) 69 314 994 (c) 14 645 956	(a) 1	
Germany	(a') 9	(a) 136 (b) 107 881 272 (c) 4 497 000	(a) 24 (b) 4 169 531	(a) 10 (b) 2 101 539 (c) 1 836 600	(c) 45 395 434		(a) 6	(a) 6 (b) 10 781 308
Greece	(a') 7	(a) 5 (b) 7 539 822 (c) 200 000		(a) 2 (b) 638 256 (c) 637 700	(c) 95 544 813	(a) 143 (b) 347 523 042 (c) 38 217 534		
Ireland	(a') 1	(a) 4 (b) 698 237 (c) 704 000		(a) 1 (b) 34 260 (c) 39 300	(c) 16 164 251	(a) 16 (b) 3 090 497 (c) 16 873		
Italy	(a') 11	(a) 25 (b) 6 834 676 (c) 677 000	(a) 3 (b) 942 382	(a) 1 (b) 515 (c) 211 700	(c) 93 383 648	(a) 539 (b) 220 748 970 (c) 23 509 201	(a) 3	
Luxembourg	(a') 1	(c) 764 000	(a) 2	(c) 19 500	(c) 2 119 012	(a) 75 (b) 5 554 064 (c) 56 242		
Netherlands	(a) 2 (a') 5 (b) 4 370	(a) 2 (b) 111 899 (c) 6 670 000	(a) 10 (b) 6 725 298	(a) 4 (b) 104 821 (c) 94 400	(c) 27 879 079	(a) 496 (b) 157 090 828 (c) 50 783 044		
Portugal	(a') 1	(a) 12 (b) 20 687 167 (c) 622 000		(a) 1 (b) 626 (c) 18 200	(c) 6 787 714	(a) 51 (b) 37 735 736 (c) 375 800	(a) 1	
Spain	(a') 1	(a) 28 (b) 3 770 393 (c) 672 000	(a) 5 (b) 1 010 839	(c) 8 700	(c) 105 393 617	(a) 374 (b) 76 770 811 (c) 21 320 871		
Sweden	(a') 2	(a) 27 (b) 6 870 246 (c) 3 312 000	(a) 5 (b) 5 082 526	(a) 18 (b) 5 695 446 (c) 27 707 000	(c) 31 223 561	(a) 271 (b) 91 968 875 (c) 8 156 128		(a) 6 (b) 6 631 912
United Kingdom	(a) 1 (a') 4 (b) 847	(a) 53 (b) 74 752 418 (c) 5 046 000	(a) 21 (b) 2 801 416	(a) 10 (b) 8 045 233 (c) 1 126 000	(c) 139 225 067	(a) 620 (b) 117 844 596 (c) 58 151 782		(a) 8 (b) 1 760 000

Regions Countries	Member States							
	Austria ⁽¹⁾	Belgium ⁽²⁾	Denmark	Finland	France	Germany ⁽³⁾	Greece	Ireland
Other European countries	(a) 662 (a') 40 (b) 40 114 245	(a) 115 (b) 18 373 973 (c) 2 864 000	(a) 27 (b) 561 980	(a) 28 (b) 5 497 916 (c) 3 425 700	(c) 486 781 332	(a) 3 357 (b) 404 890 851 (c) 69 899 735	(a) 15 (b) 31 148 743	(a) 10 (b) 2 880 392
Albania								
Andorra	(a) 3 (b) 68 650	(a) 3 (b) 290 661				(a) 29 (b) 216 079		
Armenia								
Azerbaijan								(a) 1 (b) 40 365
Belarus	(a) 2 (b) 22 309					(a) 1 (b) 1 610		(a) 1 (b) 47 500
Bosnia and Herzegovina	(a) 2 (b) 11 565							
Bulgaria	(a) 30 (a') 3 (b) 1 699 385	(a) 1 (b) 22 000 (c) 5 000		(a) 3 (b) 182 235 (c) 2 300	(c) 146 261	(a) 61 (b) 1 269 604		
Croatia	(a) 51 (b) 3 133 243					(a) 19 (b) 261 630		(a) 1 (b) 27 200
Cyprus	(a) 1 (a') 4 (b) 120	(a) 4 (b) 71 666 (c) 63 000		(a) 1 (b) 249 557	(c) 32 927 078	(a) 4 (b) 341 650	(a) 13	
Czech Republic	(a) 59 (a') 2 (b) 1 548 748	(a) 13 (b) 664 525 (c) 11 000		(a) 5 (b) 942 059 (c) 845 900	(c) 14 025 615	(a) 311 (b) 5 066 803 (c) 540 947		
Estonia	(a) 3 (a') 1 (b) 3 823	(a) 1 (b) 38 672		(a) 1 (b) 37 001 (c) 1 200		(a) 26 (b) 28 079 588 (c) 49 084		
Georgia	(a) 17 (b) 28 021					(a) 3 (b) 840 608		
Hungary	(a) 42 (a') 1 (b) 4 185 298	(a) 12 (b) 789 809	(a) 1 (b) 32 318		(c) 792 711	(a) 121 (b) 5 294 946 (c) 10 737		
Iceland		(a) 4 (b) 462 500		(c) 2 200		(a) 23 (b) 56 533		

Regions Countries	Member States							
	Austria ⁽¹⁾	Belgium ⁽²⁾	Denmark	Finland	France	Germany ⁽³⁾	Greece	Ireland
Latvia	(a) 18 (a') 2 (b) 1 708 342			(a) 4 (b) 91 091 (c) 51 300		(a) 66 (b) 661 864 (c) 28 632		
Liechtenstein	(a) 2 (b) 712					(a) 38 (b) 2 063 725		
Lithuania	(a) 9 (a') 2 (b) 287 612	(a) 1 (b) 3 261		(c) 31 100		(a) 72 (b) 4 647 666 (c) 409 545		
Macedonia (Former Yugoslav Republic of)	(a) 6 (b) 83 675					(a) 3 (b) 1 278		
Malta		(a) 4 (b) 692 616			(c) 129 000	(a) 6 (b) 96 271 (c) 64 423		
Moldavia	(a) 14 (a') 1 (b) 385 722					(a) 3 (b) 993		
Monaco								
Norway	(a) 14 (a') 2 (b) 1 117 013	(a) 18 (b) 792 744 (c) 471 000	(a) 18 (b) 314 233	(a) 2 (b) 45 703 (c) 1 100	(c) 13 003 942	(a) 326 (b) 20 419 076 (c) 12 441 265		(a) 1 (b) 739 110
Poland	(a) 25 (a') 1 (b) 1 258 963	(a) 5 (b) 1 172 112	(a) 2 (b) 11 554	(a) 6 (b) 101 698 (c) 62 000	(c) 1 704 367	(a) 208 (b) 7 539 285 (c) 39 881		(a) 1
Romania	(a) 35 (a') 1 (b) 420 905				(c) 35 655 971	(a) 101 (b) 12 070 773 (c) 1 010 824		
Russian Federation	(a) 100 (a') 8 (b) 5 098 142	(a) 1 (b) 274			(c) 593 640	(a) 210 (b) 4 771 554		
Slovakia	(a) 66 (a') 1 (b) 2 546 600	(a) 6 (b) 1 792 844	(a) 1 (b) 67 869	(a) 1 (b) 396 000 (c) 62 700	(c) 337 328	(a) 100 (b) 4 004 433		
Slovenia	(a) 87 (a') 2 (b) 12 168 242	(a) 2 (b) 146 838 (c) 87 000		(a) 3 (b) 2 149 116 (c) 725 100		(a) 123 (b) 18 590 232 (c) 14 849 450		
San Marino						(a) 19 (b) 22 091		

Regions Countries	Member States							
	Austria ⁽¹⁾	Belgium ⁽²⁾	Denmark	Finland	France	Germany ⁽³⁾	Greece	Ireland
Switzerland	(a) 51 (a') 8 (b) 4 049 874	(a) 27 (b) 3 785 479 (c) 1 731 000	(a) 5 (b) 136 007	(a) 2 (b) 1 303 456 (c) 1 640 800	(c) 186 815 894	(a) 1 169 (b) 119 708 567 (c) 20 798 842	(a) 2	(a) 3 (b) 1 833 217
Turkey	(a) 10 (a') 1 (b) 21 170	(a) 13 (b) 7 647 999 (c) 496 000			(c) 200 649 525	(a) 253 (b) 167 340 357 (c) 19 445 964		
Ukraine	(a) 9 (b) 125 447					(a) 60 (b) 1 131 119		
Yugoslavia (Federal Republic of)	(a) 6 (b) 106 164					(a) 2 (b) 392 516 (c) 210 141		(a) 2 (b) 193 000
Middle East	(a) 205 (a') 23 (b) 10 660 948	(a) 68 (b) 220 331 000 (c) 111 786 000		(a) 13 (b) 1 330 160 (c) 2 822 700	(c) 1 030 588 088	(a) 715 (b) 157 217 538 (c) 15 011 019	(a) 10 (b) 1 878 831	(a) 2 (b) 169 500
Bahrain	(a) 3 (a') 1 (b) 1 833 909				(c) 2 135 984	(a) 4 (b) 689 374		
Egypt	(a) 58 (a') 1 (b) 3 400 434	(a) 3 (b) 297 581 (c) 103 000		(c) 2 502 400	(c) 35 650 106	(a) 123 (b) 15 587 921		
Iran	(a) 7 (b) 661 712				(c) 1 622 235	(a) 1 (b) 26		
Iraq								
Israel	(a) 9 (b) 185 917	(a) 6 (b) 3 692 009 (c) 118 000 (e) 2, 3		(a) 2 (b) 1 002 523	(c) 12 556 996	(a) 146 (b) 36 511 186 (c) 14 254 818	(a) 6	
Jordan	(a) 24 (a') 7 (b) 140 281	(a) 8 (b) 353 412 (c) 589 000		(a) 2 (b) 126 490 (c) 126 400	(c) 6 089 573	(a) 3 (b) 28 422	(a) 2	(a) 1 (b) 138 500
Kuwait	(a) 14 (b) 136 821	(a) 3 (b) 355 600 (c) 35 000		(a) 1 (b) 12 111 (c) 11 200	(c) 17 390 025	(a) 26 (b) 2 139 913		
Lebanon	(a) 3 (b) 33 638	(a) 11 (b) 2 773 040 (c) 255 000			(c) 1 244 893	(a) 1 (b) 533	(a) 1	(a) 1 (b) 31 000
Oman	(a) 35 (a') 6 (b) 161 524	(a) 7 (b) 1 259 566 (c) 917 000			(c) 16 803 395	(a) 220 (b) 15 413 652		

Regions Countries	Member States							
	Austria ⁽¹⁾	Belgium ⁽²⁾	Denmark	Finland	France	Germany ⁽³⁾	Greece	Ireland
Qatar	(a) 22 (a') 2 (b) 318 981	(c) 2 241 000			(c) 18 293 752	(a) 12 (b) 2 448 486		
Saudi Arabia	(a) 10 (a') 2 (b) 540 772	(a) 18 (b) 191 347 342 (c) 101 266 000			(c) 276 817 792	(a) 90 (b) 38 222 923 (c) 756 201		
Syria							(a) 1	
United Arab Emirates	(a) 18 (a') 4 (b) 3 243 833	(a) 10 (b) 19 922 494 (c) 6 228 000		(a) 8 (b) 189 036 (c) 182 700	(c) 641 954 146	(a) 85 (b) 43 094 890		
Yemen	(a) 2 (b) 3 126				(c) 29 191	(a) 4 (b) 3 080 212		
Oceania	(a) 65 (a') 3 (b) 1 388 999	(a) 15 (b) 20 242 110 (c) 7 401 000	(a) 3 (b) 842 705	(a) 1 (b) 45 410 (c) 53 400	(c) 8 748 967	(a) 284 (b) 56 472 472 (c) 87 431		(a) 4 (b) 2 007 810
Australia	(a) 41 (a') 1 (b) 1 177 308	(a) 10 (b) 11 325 003 (c) 6 499 000	(a) 3 (b) 842 705	(a) 1 (b) 45 411 (c) 48 200	(c) 8 734 512	(a) 212 (b) 54 679 528 (c) 87 431		(a) 3 (b) 2 007 683
Fiji								
New Zealand	(a) 24 (a') 2 (b) 211 691	(a) 5 (b) 8 917 107 (c) 952 000		(c) 7 200	(c) 14 455	(a) 70 (b) 1 792 363		(a) 1 (b) 127
Papua New Guinea						(a) 2 (b) 581		
Samoa								
TOTALS per Member State	(a) 1 576 (a') 158 (b) 385 833 819 (d) 3 (e) 1, 1a, 2, 7	(a) 917 (b) 848 606 597 (c) 235 174 000 (d) 26 (e) 1a, 2, 3, 4 and 7	(a) 150 (b) 76 571 333	(a) 118 (b) 36 536 600 (c) 40 370 000 (d) 10 (e) 2 (2), 3 (1), 4 (2), 7 (3), 7c (2)	(c) 3 117 312 707 ⁽⁴⁾ (d) 97 (e) 1 (10), 2 (6), 3 (30), 4 (30), 5 (2), 7 (17), 8 (1)	(a) 10 991 (b) 3 685 162 398 (c) 367 330 496 (d) 14 (e) 2, 3, 4, 7	(a) 57 (b) 50 850 768	(a) 60 (b) 53 962 187

⁽¹⁾ Under Austrian legislation, the Federal Ministry for Economy and Labour (MEL) issues licences for all items listed on the 'Common List of Military equipment covered by the EU Code of Conduct on Arms Exports' other than 'war material' as defined in the Austrian War Material Regulation (1977). Licences for 'war material' are issued by the Federal Ministry of the Interior (MoI). Figures for licences issued by Austria have therefore been split into (a) licences issued by the MEL and (a') licences issued by the MoI. The value of licences issued, reported under (b), concerns only those licences issued by the MEL.

⁽²⁾ The figures mentioned under (c) refer solely to exports of arms and ammunition sensu stricto. They do not include items subject to legislation on arms also used for non-military purposes.

⁽³⁾ (a) and (b) include number and value of individual licences issued. (c) includes the value of exports of war weapons as defined in the German War Weapons List.

⁽⁴⁾ Including states non-members of the United Nations.

Regions Countries	Member States							
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden ⁽²⁾	United Kingdom ⁽⁶⁾	TOTAL EU per destination ⁽⁷⁾
North Africa	(a) 9 (b) 2 798 880 (c) 2 649 880		(a) 3 (b) 2 180 000	(a) 41 (b) 2 843 449,72 (c) 1 505 611,67	(a) 5 (b) 29 829 270 (c) 28 341 050	(a) 4 (b) 4 (c) 4,9	(a) 88 (b) 10 (c) 0,03	(a) 193 (a') 1 (b) 58 497 622 (c) 205 839 462 (d) 16 (e) 1 (1), 2 (7), 3 (4), 4 (4)
Algeria	(a) 1 (b) 1 170 701 (c) 1 369 248			(a) 1 (b) 1 421 724,86 (c) 26 156,96			(a) 25 (b) 5 (c) 0,03	(a) 36 (b) 12 350 535 (c) 9 185 195 (d) 6 (e) 2 (2), 3 (3), 4 (1)
Libya							(a) 9 (b) 2	(a) 9 (b) 3 160 000 (d) 2 (e) 1 (1), 4 (1)
Morocco	(a) 7 (b) 1 565 506 (c) 960 900		(a) 3 (b) 2 180 000	(a) 18 (b) 78 413,41 (c) 65 251,47	(a) 4 (b) 29 813 670 (c) 28 341 050		(a) 16 (b) 1,5	(a) 60 (b) 37 082 123 (c) 190 791 634 (d) 5 (e) 2 (3), 4 (2)
Tunisia	(a) 1 (b) 62 673 (c) 319 732			(a) 22 (b) 1 343 311,45 (c) 1 414 203,24	(a) 1 (b) 15 600	(a) 4 (b) 4 (c) 4,9	(a) 38 (b) 1,5	(a) 88 (b) 5 922 963 (c) 5 862 633 (d) 3 (e) 2 (2), 3 (1)
Sub-Saharan Africa	(a) 4 (b) 3 351 058 (c) 9 150 145		(a) 3 (b) 320 000	(a) 52 (b) 2 986 724,13 (c) 856 661,52	(a) 6 (b) 272 610 (c) 30 000	(a) 11 (b) <15 003 (c) 0,71	(a) 579 (b) 87,5 (c) 28,18	(a) 1 077 (b) 165 427 158 (c) 120 737 902 (d) 38 (e) 1 (12), 2 (3), 3 (10), 4 (7), 7 (7), 8 (1)
Angola				(a) 7 (b) 2 185 802,03 (c) 2 757,11	(a) 4 (b) 51 390 (c) 30 000		(a) 25 (b) 8 (c) 0,03	(a) 36 (b) 14 877 192 (c) 80 157

Regions Countries	Member States							TOTAL EU per destination ⁽⁷⁾
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden ⁽⁵⁾	United Kingdom ⁽⁶⁾	
Benin								(a) 2 (b) 1 966 733 (c) 57 627 (d) 2 (e) 7 (2)
Botswana				(a) 1 (b) 412,37			(a) 40 (b) 4,5 (c) 1,31	(a) 57 (b) 8 673 485 (c) 32 832 190 (d) 2 (e) 1 (1), 3 (1)
Burkina Faso							(b) <0,25 (e) 7 (1)	(a) 1 (b) 398 816 (c) 87 555 (d) 1 (e) 7 (1)
Burundi							(a) 1 (b) <0,25	(a) 1 (b) 39 500
Cameroon							(a) 5 (b) <0,25	(a) 10 (b) 399 089 (c) 2 450 827
Central Africa Republic								(d) 1 (e) 3 and 7 (1)
Chad				(a) 43 (b) 779 509,73 (c) 853 904,41			(a) 1	(a) 44 (b) 779 510 (c) 853 904 (d) 1 (e) 3 and 4 (1)
Congo (Republic of)							(a) 2	(a) 2
Congo (Democratic Republic of)							(a) 2	(a) 7 (b) 35 931 (d) 2 (e) 1 (2)
Equatorial Guinea							(a) 4 (b) 1,0	(a) 4 (b) 1 580 000

Regions Countries	Member States							
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden ^(?)	United Kingdom ⁽⁶⁾	TOTAL EU per destination ⁽⁷⁾
Eritrea							(a) 3 (b) <0,25 (c) 0,13 (d) 1 (e) 1 (1)	(a) 5 (b) 395 000 (c) 205 400 (d) 1 (e) 1 (1)
Ethiopia							(a) 10 (b) <0,25	(a) 11 (b) 6 197 180
Gabon							(a) 11 (b) 3,5 (c) 0,89	(a) 16 (b) 6 197 180 (c) 2 820 175
Gambia							(a) 5 (b) <0,25	(a) 5 (b) 395 000 (d) 1 (e) 2 (1)
Ghana	(c) 106 169						(a) 26 (b) 1,0 (c) 0,34	(a) 26 (b) 1 580 000 (c) 649 369 (d) 2 (e) 1 (1), 3 (1)
Guinea							(a) 1	(a) 1 (c) 940 214
Ivory Coast								(c) 26 292 (d) 1 (e) 3 (1)
Kenya	(c) 2 448 277					(a) 1 (b) 217 180	(a) 62 (b) 2,5	(a) 79 (b) 4 433 009 (c) 2 448 277 (d) 1 (e) 3 and 4 (1)
Lesotho							(a) 1	(a) 1
Liberia								(d) 1 (e) 1a (1)
Malawi							(a) 11 (b) <0,25	(a) 12 (b) 403 583 (c) 2 005 000

Regions Countries	Member States							
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden ^(?)	United Kingdom ⁽⁶⁾	TOTAL EU per destination ⁽⁷⁾
Mali							(c) 0,09	(a) 1 (b) 1 474 937 (c) 142 200
Mauritania	(a) 1 (b) 1 172 153 (c) 165 091							(a) 1 (b) 1 172 153 (c) 165 091
Mauritius					(a) 1 (b) 4 040	(a) 2 (b) <1 (c) 0,01	(a) 5 (b) <0,25	(a) 14 (b) 522 025 (c) 101 716
Mozambique							(a) 3 (b) <0,25	(a) 3 (b) 395 000
Namibia						(a) 1 (b) <1 (c) 0,1	(a) 11 (b) <0,25	(a) 58 (b) 849 116 (c) 1 100 (d) 1 (e) 4c (1)
Niger							(a) 1	(a) 1 (c) 38 689
Nigeria	(c) 6 222 549		(a) 1 (b) 180 000				(a) 34 (b) 10 (c) 0,02	(a) 41 (b) 19 113 508 (c) 6 396 079 (d) 2 (e) 3 (1), 4 (1)
Rwanda								(a) 1 (b) 421 369 (d) 2 (e) 1 (2)
Senegal							(a) 1	(a) 1 (c) 244 056 (d) 1 (e) 7 (1)
Seychelles							(a) 1	(a) 1
Sierra Leone			(a) 1 (b) 90 000				(a) 5 (b) 1,5 (c) 1,91	(a) 6 (b) 2 460 000 (c) 3 017 800 (d) 4 (e) 1 (2), 3 (2)
Somalia							(a) 4 (b) <0,25	(a) 5 (b) 406 760

Regions Countries	Member States							
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden ^(?)	United Kingdom ^(e)	TOTAL EU per destination ^(?)
South Africa	(a) 3 (b) 2 178 905 (c) 151 092		(a) 1 (b) 50 000	(a) 1 (b) 21 000,00		(a) 8 (b) 15 001 (c) 0,6	(a) 265 (b) 29 (c) 23,45	(a) 410 (b) 57 563 166 (c) 64 601 366 (d) 1 (e) 7 (1)
Sudan							(a) 3	(a) 4 (b) 10 756
Tanzania							(a) 18 (b) 19,5	(a) 150 (b) 30 998 347
Togo							(a) 2 (b) <0,25	(a) 2 (b) 395 000 (c) 16 184 (d) 2 (e) 3 (1), 7 (1)
Uganda							(a) 4 (b) <0,25	(a) 41 (b) 395 000 (d) 1 (e) 4 (1)
Zambia	(c) 56 976						(a) 11 (b) 3,5 (c) 0,01	(a) 45 (b) 5 619 503 (c) 72 776 (d) 2 (e) 2 (2)
Zimbabwe							(a) 1 (b) <0,25	(a) 8 (b) 425 050 (c) 473 971 (d) 2 (e) 1 (1), 3 and 4 (1)
North America	(a) 59 (b) 17 121 180 (c) 45 190 570		(a) 114 (b) 186 100 000	(a) 20 (b) 2 599 538,72 (c) 1 668 651,03	(a) 95 (b) 62 860 910 (c) 26 202 140	(a) 71 (b) 563 (c) 520,6	(a) 1 870 (b) 347,5 (c) 470,8	(a) 3 627 (a') 14 (b) 1 989 509 801 (c) 969 586 723
Canada	(a) 14 (b) 778 800 (c) 1 187 231		(a) 28 (b) 19 970 000		(a) 6 (b) 447 200 (c) 46 850	(a) 11 (b) 90 (c) 87,4	(a) 277 (b) 43,0 (c) 121,02	(a) 644 (a') 14 (b) 169 051 803 (c) 253 729 462
United States	(a) 45 (b) 16 342 380 (c) 44 003 339		(a) 86 (b) 166 130 000	(a) 20 (b) 2 599 538,72 (c) 1 668 651,03	(a) 89 (b) 62 413 710 (c) 26 155 290	(a) 60 (b) 473 (c) 433,2	(a) 1 593 (b) 304,5 (c) 349,78	(a) 2 983 (a') 10 (b) 1 820 457 997 (c) 739 571 276

Regions Countries	Member States							
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden ^(?)	United Kingdom ^(e)	TOTAL EU per destination ^(?)
Central America and the Carribean	(a) 1 (b) 4 853 (c) 6 808 509			(a) 1 (b) 11 226,80 (c) 12 305,07	(a) 46 (b) 7 092 720 (c) 1 258 900	(a) 7 (b) <193 (c) 55	(a) 127 (b) 5,5 (c) 0,97	(a) 286 (a') 1 (b) 80 760 051 (c) 103 164 757 (d) 24 (e) 2 (3), 3 (2), 7 (21), 8 (15)
Antigua and Barbuda							(a) 3 (b) <0,25	(a) 3 (b) 395 000
Bahamas							(a) 4 (b) <0,25	(a) 4 (b) 395 000
Barbados							(a) 9 (b) <0,25 (c) 0,92	(a) 11 (b) 420 004 (c) 1 453 600
Belize							(a) 5 (b) <0,25	(a) 6 (b) 397 370
Costa Rica					(a) 26 (b) 386 530 (c) 27 810		(a) 6 (b) <0,25	(a) 41 (b) 1 211 913 (c) 27 810 (d) 14 (e) 7 (14), 8 (14)
Cuba					(a) 5 (b) 64 700 (c) 3 490		(a) 3	(a) 12 (b) 64 700 (c) 3 490 (d) 2 (e) 2 (1), 7 (1)
Dominica							(c) 0,01	(a) 3 (b) 2 905
Dominican Republic					(a) 7 (b) 5 811 160 (c) 431 860		(a) 1	(a) 25 (a') (b) 44 960 512 (c) 982 860
El Salvador					(a) 2 (b) 39 630		(a) 5 (b) 0,5	(a) 9 (b) 135 945 (d) 2 (e) 7 (2)
Grenada							(a) 3 (b) <0,25	(a) 3 (b) 395 000

Regions Countries	Member States							TOTAL EU per destination (?)
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden (?)	United Kingdom (6)	
Guatemala							(a) 3 (b) <0,25	(a) 13 (b) 930 835 (d) 3 (e) 3 (1), 7 (1)
Honduras	(c) 6 617 067						(a) 3 (b) <0,25	(a) 4 (b) 405 374 (c) 6 617 (d) 1 (e) 2 (1)
Jamaica							(a) 10 (b) 1,0 (c) 0,03	(a) 22 (b) 1 794 062 (c) 69 400
Mexico	(a) 1 (b) 4 853 (c) 191 442			(a) 1 (b) 11 226,80 (c) 12 305,07	(a) 1 (b) 1 200	(a) 6 (b) 191 (c) 55	(a) 50 (b) 1,5	(a) 81 (b) 26 405 907 (c) 56 235 413 (d) 1 (e) 2 and 3 (1)
Nicaragua					(a) 2 (b) 373 380 (c) 343 210		(a) 2	(a) 5 (b) 400 982 (c) 343 210
Panama					(a) 3 (b) 416 120 (c) 452 530		(a) 2	(a) 7 (b) 464 210 (c) 454 530 (d) 1 (e) 6 and 7 (1)
Saint Lucia							(a) 2 (b) <0,25	(a) 3 (b) 402 066
Trinidad and Tobago						(a) 1 (b) <2	(a) 16 (b) <0,25 (c) 0,01	(a) 33 (b) 867 240 (c) 308 800
South America	(a) 39 (b) 172 645 965 (c) 41 695 090	(a) 1 (b) 10 906 (c) 10 906	(a) 25 (b) 13 660 000	(a) 11 (b) 1 265 258,94 (c) 548 676,84	(a) 80 (b) 38 578 280 (c) 1 715 310	(a) 20 (b) <556,6 (c) 266,29	(a) 463 (b) 93,75 (c) 18,27	(a) 1 051 (a') 14 (b) 534 082 305 (c) 108 836 222 (d) 27 (e) 1 (1), 2 (3), 3 (11), 5 (1), 7 (10), 8 (1)
Argentina	(a) 7 (b) 833 862 (c) 152 471		(a) 6 (b) 180 000	(a) 1 (b) 60 000,00 (c) 81 537,26	(a) 12 (b) 2 385 170 (c) 775 310	(a) 3 (b) 0,6 (c) 0,1	(a) 16 (b) 1,0 (e) 5 (1)	(a) 15 (a') 7 (b) 15 653 433 (c) 4 367 517 (d) 1 (e) 5 (1)

Regions Countries	Member States							
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden ^(?)	United Kingdom ⁽⁶⁾	TOTAL EU per destination ⁽⁷⁾
Bolivia		(a) 1 (b) 10 906 (c) 10 906					(a) 10 (b) 11,5	(a) 15 (a') 1 (b) 11 094 515 (c) 10 906
Brazil	(a) 13 (b) 89 922 999 (c) 10 619 813		(a) 12 (b) 910 000	(a) 4 (b) 740 421,65 (c) 351 649,39	(a) 4 (b) 497 500 (c) 420 650	(a) 11 (b) 525 (c) 220,9	(a) 215 (b) 73,0 (c) 16,72 (e) 2 (2)	(a) 377 (a') 5 (b) 288 434 690 (c) 90 236 582 (d) 2 (e) 2 (2)
Chili	(a) 7 (b) 73 925 213 (c) 3 396 979		(a) 4 (b) 10 800 000	(a) 1 (b) 112 123,71 (c) 48 480,23	(a) 17 (b) 3 995 350 (c) 377 900	(a) 1 (b) <5 (c) 4,2	(a) 76 (b) 1,5 (c) 0,03	(a) 213 (b) 105 122 417 (c) 4 458 000
Colombia				(a) 3 (b) 116 705,15 (c) 55 124,96	(a) 11 (b) 1 284 120 (c) 98 400		(a) 24 (b) <0,25 (c) 0,76	(a) 43 (b) 10 735 521 (c) 3 356 576 (d) 11 (e) 2 (1), 3 (10), 7 (6)
Ecuador	(a) 3 (b) 31 391 (c) 655 225				(a) 2 (b) 9 200 (c) 4 470		(a) 27 (b) <0,25 (c) 0,27	(a) 64 (b) 2 012 352 (c) 4 823 145 (d) 1 (e) 3 and 7 (1)
Guyana							(a) 4 (b) 2,0	(a) 8 (b) 3 198 439
Paraguay					(a) 2 (b) 53 700		(a) 3 (b) <0,25	(a) 6 (b) 449 109 (d) 1 (e) 7 (1)
Peru	(a) 3 (b) 91 372 (c) 2 164 600				(a) 2 (b) 1 330	(a) 3 (b) <1 (c) 0,09	(a) 15	(a) 31 (b) 465 031 (c) 7 099 749 (d) 2 (e) 1 (1), 2 (1)
Suriname							(a) 1	(a) 5 (b) 420 852 (d) 2 (e) 3 and 7 (2)
Uruguay				(a) 1 (b) 156 814,43 (c)	(a) 6 (b) 44 410 (c) 8 650		(a) 28 (b) 1,5 (c) 0,49	(a) 47 (b) 2 912 585 (c) 1 897 767

Regions Countries	Member States							TOTAL EU per destination (7)
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden (2)	United Kingdom (6)	
Venezuela	(a) 6 (b) 7 841 128 (c) 24 706 002		(a) 3 (b) 1 770 000	(a) 1 (b) 79 194,00 (c) 11 885,00	(a) 24 (b) 30 307 500 (c) 29 930	(a) 2 (b) <25 (c) 41	(a) 44 (b) 2,5	(a) 127 (a') 1 (b) 76 007 388 (c) 30 333 268 (d) 4 (e) 7 and 8 (4)
Central Asia							(a) 36 (b) 5,25	(a) 79 (a') 1 (b) 9 798 014 (c) 36 201 643 (d) 3 (e) 2 (2), 3, 4 (1)
Kazakhstan							(a) 22 (b) 3,0	(a) 57 (b) 6 105 392 (c) 4 207 251
Kyrgyzstan							(a) 3 (b) 2,0	(a) 3 (b) 3 160 000 (d) 1 (e) 3 and 4 (1)
Tajikistan							(a) 2 (b) <0,25	(a) 2 (b) 395 000
Turkmenistan							(a) 4	(a) 7 (b) 19 396
Uzbekistan							(a) 5	(a) 10 (b) 118 226 (c) 31 994 392 (d) 2 (e) 2 (2)
North East Asia	(a) 39 (b) 27 443 842 (c) 16 359 578	(a) 1 (b) 72 220 (c) 72 219,4	(a) 32 (b) 64 620 000			(a) 18 (b) 27 (c) 24	(a) 959 (b) 333,75 (c) 5,48	(a) 1 513 (a') 4 (b) 1 591 136 881 (c) 108 939 887 (d) 36 (e) 1 (10), 2 (4), 4 (6), 5 and 8
China (mainland)	(a) 7 (b) 3 758 409 (c) 8 147 454						(a) 124 (b) 32,0	(a) 139 (b) 54 415 665 (c) 16 260 862 (d) 22 (e) 1 (8), 4 (4), 2, 5, 8
China (Hong Kong)							(a) 86 (b) 4 (c) 0,62	(a) 94 (b) 6 467 258 (c) 979 600 (d) 2 (e) 1 (2)

Regions Countries	Member States							
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden ^(?)	United Kingdom ^(e)	TOTAL EU per destination ^(?)
China (Maçao)							(a) 7 (b) <0,25	(a) 29 (b) 603 745 (d) 2 (e) 1a 2 and 7 (1)
Korea (Democratic People's Republic of)	(e) 4						(a) 2 (b) <0,25	(a) 2 (b) 395 000 (d) 1 (e) 4 (1)
Korea (Democratic Republic of)	(a) 20 (b) 13 725 583 (c) 5 858 263	(a) 1 (b) 72 220 (c) 72 219,4	(a) 14 (b) 34 350 000			(c) 0,2	(a) 342 (b) 161,5 (c) 3,74	(a) 582 (a') 4 (b) 1 233 490 167 (c) 102 527 471 (d) 3 (e) 2 (2), 4 (1)
Japan	(a) 6 (b) 1 731 185 (c) 1 390 136		(a) 5 (b) 140 000			(a) 18 (b) 27 (c) 23,8	(a) 273 (b) 49,5 (c) 1,12	(a) 484 (b) 104 388 575 (c) 37 886 618
Mongolia							(a) 1 (b) <0,25	(a) 4 (b) 411 814
Taiwan	(a) 6 (b) 8 228 665 (c) 963 725		(a) 13 (b) 30 130 000				(a) 124 (b) 86,0	(a) 174 (b) 290 964 654 (c) 4 147 725 (d) 5 (e) 4 (3), 1b, 8
South East Asia	(a) 52 (b) 86 110 294 (c) 22 352 059		(a) 27 (b) 17 980 000		(a) 22 (b) 6 147 650 (c) 4 080 600	(a) 76 (b) <332 (c) 316,5	(a) 887 (b) 108,5 (c) 44,18	(a) 1 692 (a') 1 (b) 492 043 709 (c) 254 764 605 (d) 13 (e) 1 (2), 2 (3), 3 (5), 7 (2)
Brunei	(a) 1 (b) 720 648						(a) 101 (b) 1,5 (c) 1,23	(a) 137 (b) 9 783 848 (c) 41 295 573
Cambodia							(a) 3 (b) <0,25	(a) 4 (b) 503 696
Indonesia	(c) 55 827		(a) 2 (b) 320 000		(a) 4 (b) 450 340 (c) 42 840	(a) 1 (b) <1 (c) 2,3	(a) 66 (b) 15,5 (c) 4,6	(a) 84 (b) 33 438 941 (c) 27 307 142 (d) 5 (e) 3 (4), 7 (1)

Regions Countries	Member States							
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden (°)	United Kingdom (°)	TOTAL EU per destination (°)
Lao (People's Democratic Republic)							(a) 4 (b) <0,25	(a) 5 (b) 537 485
Malaysia	(a) 16 (b) 76 223 476 (c) 18 692 346		(a) 6 (b) 4 680 000		(a) 7 (b) 3 778 070 (c) 2 323 820	(a) 10 (b) 196 (c) 136,1	(a) 220 (b) 23,0 (c) 26,33	(a) 359 (b) 168 092 527 (c) 92 084 890 (d) 1 (e) 2 (1)
Myanmar							(a) 1 (b) <0,25	(a) 1 (b) 395 000 (d) 2 (e) 1 (2)
Philippines	(c) 763 993		(a) 1 (b) 140 000		(a) 4 (b) 1 476 520 (c) 1 070 190		(a) 39 (b) 2,0 (c) 0,01 (e) 2 (1)	(a) 60 (b) 5 300 120 (c) 2 144 303 (d) 5 (e) 2 (2), 3 (1), 7 (3)
Singapore	(a) 26 (b) 8 527 547 (c) 2 265 715		(a) 13 (b) 7 170 000		(a) 4 (b) 293 070 (c) 338 420	(a) 61 (b) 133 (c) 176,2	(a) 331 (b) 38,5 (c) 11,96	(a) 646 (a') 1 (b) 246 259 528 (c) 88 892 580
East Timor								(a) 1 (b) 98 168 (c) 392 000
Thailand	(a) 9 (b) 638 623 (c) 574 178		(a) 5 (b) 5 670 000		(a) 3 (b) 149 650 (c) 305 330	(a) 4 (b) 2 (c) 1,9	(a) 107 (b) 27,0 (c) 0,05	(a) 390 (b) 59 341 795 (c) 2 523 475
Vietnam							(a) 15 (b) <0,25	(a) 21 (b) 1 295 901 (c) 124 149
South Asia			(a) 2 (b) 2 540 000		(a) 12 (b) 18 589 760 (c) 3 010 940	(a) 6 (b) 48,5 (c) 141,7	(a) 1 066 (b) 100 (c) 25,38	(a) 1 547 (a') 1 (b) 202 496 683 (c) 200 800 775 (d) 165 (e) 1 (101), 2 (2), 3 (16), 4 (30), 7 (18)
Afghanistan							(a) 6 (b) <0,25	(a) 6 (b) 395 000

Regions Countries	Member States							
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden ^(?)	United Kingdom ⁽⁶⁾	TOTAL EU per destination ⁽⁷⁾
Bangladesh	(a) 4 (b) 1 168 145 (c) 155 779				(a) 1 (b) 424 590		(a) 25 (b) 1,5 (c) 0,71	(a) 161 (b) 5 151 886 (c) 1 277 579
Bhutan							(a) 1	(a) 2 (b) 856
India	(a) 20 (b) 10 100 130 (c) 52 500 047		(a) 1 (b) 1 360 000		(a) 2 (b) 4 658 800 (c) 1 143 880	(a) 3 (b) 30,5 (c) 126,1	(a) 794 (b) 62,5 (c) 24,66	(a) 949 (b) 133 319 587 (c) 196 296 601 (d) 110 (e) 1 (102), 2 (1), 3 (7), 4 (8), 6
Maldives							(a) 2 (b) <0,25 (c) 0,01	(a) 2 (b) 395 000 (c) 432 000
Nepal							(a) 22 (b) 6,0	(a) 35 (b) 11 263 453 (d) 1 (e) 3 (1)
Pakistan	(a) 5 (b) 9 390 097 (c) 19 247 587		(a) 1 (b) 1 180 000		(a) 2 (b) 258 090 (c) 242 580	(a) 3 (b) 18 (c) 15,6	(a) 174 (b) 14,0	(a) 192 (b) 34 940 993 (c) 73 091 831 (d) 55 (e) 1 (12), 3 (2), 4 (12), 7 (18)
Sri Lanka	(a) 1 (b) 125 744				(a) 7 (b) 13 248 280 (c) 1 624 480		(a) 42 (b) 15,5	(a) 50 (b) 37 864 021 (c) 2 015 577 (d) 3 (e) 2 (1), 3 (2)
European Union	(a) 259 (b) 294 674 580 (c) 231 782 919	(a) 8 (b) 4 900 (c) 4 888	(a) 522 (b) 258 230 000	(a) 51 (b) 8 011 072,22 (c) 4 431 570,34	(a) 309 (b) 143 717 550 (c) 131 785 990	(a) 210 (b) <2 318,1 (c) 1 181,6	(a) 3 704 (b) 205,5 (c) 425,4	(a) 9 524 (a') 55 (b) 2 766 886 499 (c) 2 090 903 917 (d) 2 (e) 1 (2)
Austria	(a) 4 (b) 21 867 899 (c) 643 847		(a) 4 (b) 180 000	(c) 11 490,00		(a) 11 (b) 48 (c) 114,4	(a) 115 (b) 5 (c) 0,52	(a) 451 (b) 87 049 308 (c) 28 885 877
Belgium	(a) 35 (b) 13 397 903 (c) 6 105 367 (incl. exports to Luxembourg)			(a) 22 (b) 6 175 540,00 (c) 2 871 463,94	(a) 13 (b) 3 557 220 (c) 1 042 200	(a) 10 (b) 49 (c) 10,2	(a) 213 (b) 16,0 (c) 10,79	(a) 618 (a') 4 (b) 115 260 940 (c) 73 195 438

Regions Countries	Member States							TOTAL EU per destination (?)
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden (?)	United Kingdom (6)	
Denmark	(a) 8 (b) 9 169 630 (c) 5 049 893		(a) 11 (b) 5 990 000		(a) 2 (b) 16 500 (c) 121 780	(a) 18 (b) 503 (c) 334,8	(a) 216 (b) 5,5 (c) 20,44	(a) 334 (a') 4 (b) 177 782 367 (c) 92 021 488
Denmark (Greenland)								(a) 10 (b) 30 924
Denmark (Faeroes)								(a) 2 (b) 963
Finland	(a) 1 (b) 4 816 609		(a) 37 (b) 3 080 000		(a) 1 (b) 290 (c) 5 120	(a) 39 (b) 234 (c) 55,5	(a) 184 (b) 4,5 (c) 10,92	(a) 331 (a') 1 (b) 60 501 630 (c) 25 670 008
France	(a) 14 (b) 7 902 949 (c) 33 238 547		(a) 43 (b) 6 120 000	(a) 11 (b) 175 602,00 (c) 161 610,52	(a) 84 (b) 10 042 590 (c) 12 447 570	(a) 20 (b) 750,1 (c) 87	(a) 513 (b) 33,5 (c) 53,96	(a) 1 196 (a') 4 (b) 271 117 559 (c) 162 886 641 (d) 1 (e) 1 (1)
Germany	(a) 60 (b) 22 151 134 (c) 31 743 578	(a) 6 (b) 3 720 (c) 3 714	(a) 282 (b) 49 550 000	(a) 7 (b) 1 041 747,78 (c) 370 713,65	(a) 60 (b) 33 658 510 (c) 24 063 990	(a) 47 (b) 108 (c) 235,7	(a) 481 (b) 30,0 (c) 140,91	(a) 1 134 (a') 4 (b) 290 619 950 (c) 1 356 478 423
Greece	(a) 32 (b) 40 733 116 (c) 10 307 769		(a) 37 (b) 162 450 000	(a) 5 (b) 205 823,04 (c) 603 933,23	(a) 7 (b) 16 495 110 (c) 233 430	(a) 5 (b) 96 (c) 122,4	(a) 174 (b) 5,5 (c) 1,08	(a) 410 (a') 7 (b) 594 696 226 (c) 160 736 925
Ireland	(a) 1 (b) 548 019 (c) 548 019				(a) 2 (c) 31 200	(a) 5 (b) 11 (c) 17,5	(a) 190 (b) 4,5 (c) 6,75	(a) 219 (a') 1 (b) 12 691 134 (c) 30 093 835
Italy			(a) 6 (b) 2 180 000	(a) 2 (b) 178 340,00 (c) 178 340,00	(a) 33 (b) 19 346 840 (c) 33 783 090	(a) 11 (b) 21 (c) 16,4	(a) 406 (b) 55,5 (c) 145,42	(a) 1 029 (a') 11 (b) 338 269 954 (c) 383 310 759
Luxembourg	(a) 8 (b) 2 131 618				(a) 20 (b) 26 210 (c) 7 090		(a) 107 (b) 4,0	(a) 212 (a') (b) 14 031 893 (c) 2 965 844
Netherlands	(a) 19 (b) 9 532 450 (c) 6 121 778				(a) 7 (b) 2 769 790 (c) 106 670	(a) 14 (b) 129 (c) 32,2	(a) 309 (b) 19,5 (c) 11,5	(a) 863 (a') 5 (b) 221 240 875 (c) 110 000 989
Portugal	(a) 3 (b) 2 429 093 (c) 2 429 360	(a) 2 (b) 1 180 (c) 1 174	(a) 4 (b) 1 500 000		(a) 5 (b) 754 170 (c) 11 912 820	(a) 1 (b) <1 (c) 1,6	(a) 178 (b) 3,5 (c) 4,34	(a) 258 (a') 1 (b) 68 747 983 (c) 29 180 286

Regions Countries	Member States							
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden ^(?)	United Kingdom ⁽⁶⁾	TOTAL EU per destination ⁽⁷⁾
Spain	(a) 43 (b) 23 082 081 (c) 45 840 189		(a) 23 (b) 3 130 000	(a) 3 (b) 216 519,00 (c) 216 519,00		(a) 11 (b) 57 (c) 55	(a) 303 (b) 13,5 (c) 9,31	(a) 790 (a') 1 (b) 135 581 370 (c) 194 203 611 (d) 1 (e) 1 (1)
Sweden	(a) 8 (b) 129 494 399 (c) 389 655		(a) 14 (b) 1 810 000		(a) 6 (b) 1 426 430 (c) 1 329 770		(a) 315 (b) 24,5 (c) 9,46	(a) 670 (a') 2 (b) 287 689 834 (c) 87 064 914
United Kingdom	(a) 23 (b) 7 417 680 (c) 89 364 917		(a) 61 (b) 22 240 000	(a) 1 (b) 17 500,00 (c) 17 500,00	(a) 69 (b) 55 623 890 (c) 46 701 260	(a) 18 (b) 311 (c) 98,9		(a) 888 (a') 4 (b) 324 716 611 (c) 350 512 614
Other European countries	(a) 54 (b) 75 068 162 (c) 45 552 752		(a) 82 (b) 87 300 000	(a) 46 (b) 1 342 838,02 (c) 1 155 205,20	(a) 46 (b) 2 010 000 (c) 3 027 200	(a) 117 (b) <4 756 (c) 444,21	(a) 1 318 (b) 257,75 (c) 72,67	(a) 5 877 (a') 40 (b) 1 599 646 421 (c) 776 392 511 (d) 37 (e) 1 (6), 2 (5), 3 (3), 4 (4), 7 (11), 1a
Albania							(a) 3	(a) 3
Andorra					(a) 13 (b) 360 400 (c) 7 200		(a) 2	(a) 40 (b) 935 390 (c) 7 200
Armenia							(e) 1 (1)	(d) 6 (e) 1 (5), 4 (1)
Azerbaijan							(a) 6 (b) <0,25	(a) 7 (b) 435 365 (d) 3 (e) 1a (1), 4 (2)
Belarus							(a) 3	(a) 7 (b) 71 419 (d) 2 (e) 7 (2)
Bosnia and Herzegovina								(a) 2 (b) 1 565 (d) 1 (e) 1a (1)
Bulgaria			(a) 1 (b) 90 000		(a) 1 (b) 2 500	(a) 2 (b) <1 (c) 0,04	(a) 28 (b) 0,5	(a) 127 (a') 3 (b) 4 165 735 (c) 157 961 (d) 3 (e) 7 (3)

Regions Countries	Member States							TOTAL EU per destination ⁽⁷⁾
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden ⁽²⁾	United Kingdom ⁽⁶⁾	
Croatia						(c) 5,4	(a) 17 (b) 1,0	(a) 88 (b) 5 002 073 (c) 594 059 (d) 2 (e) 3 (2)
Cyprus	(a) 1 (b) 198 538 (c) 5 611			(a) 1 (b) 107 216,49 (c) 83 889,94			(a) 57 (b) 10,0	(a) 82 (a') 4 (b) 16 768 747 (c) 33 079 579 (d) 3 (e) 1 (3)
Czech Republic	(a) 2 (b) 2 814 350 (c) 10 060 696			(a) 1 (b) 40 000,00 (c) 22 980,00	(a) 4 (b) 234 100 (c) 84 410	(a) 5 (b) 2 (c) 1,6	(a) 85 (b) 5,5 (c) 1,9	(a) 485 (a') 2 (b) 20 220 607 (c) 28 769 566
Estonia					(a) 1 (b) 28 970 (c) 29 500	(a) 3 (b) 13,5 (c) 4,4	(a) 26 (b) 2,0	(a) 61 (a') 1 (b) 32 833 202 (c) 563 832
Georgia					(a) 1 (b) 760		(a) 5 (b) <0,25	(a) 26 (b) 508 389
Hungary					(a) 2 (b) 16 000	(a) 4 (b) 2 (c) 0,7	(a) 40 (b) 1,0	(a) 222 (a') 1 (b) 12 118 393 (c) 880 456
Iceland						(a) 2 (b) <1 (c) 0,07	(a) 41 (b) <0,25	(a) 70 (b) 1 024 044 (c) 9 901
Latvia				(a) 1 (b) 77 319,59 (c) 82 270,21		(a) 1 (b) <1 (c) 0,4	(a) 17 (b) <0,25	(a) 107 (a') 2 (b) 3 043 628 (c) 206 246 (d) 6 (e) 7 (6)
Liechtenstein							(a) 3	(a) 43 (b) 2 064 437
Lithuania						(a) 4 (b) 8 (c) 7,3	(a) 18 (b) 1,0	(a) 104 (a') 2 (b) 7 398 627 (c) 1 283 725
Macedonia (Former Yugoslav Republic of)	(a) 1 (b) 1 441 077 (c) 1 441 077						(a) 3 (b) 1,0	(a) 14 (b) 3 106 030 (c) 1 441 077 (d) 1 (e) 4 and 7 (1)

Regions Countries	Member States							
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden ^(?)	United Kingdom ⁽⁶⁾	TOTAL EU per destination ⁽⁷⁾
Malta							(a) 35 (b) 1,0	(a) 45 (b) 2 368 887 (c) 193 423
Moldavia							(a) 5 (b) 0	(a) 22 (a') (b) 386 715
Monaco							(a) 3	(a) 3
Norway	(a) 8 (b) 22 707 698 (c) 2 026 764		(a) 23 (b) 71 330 000	(a) 42 (b) 920 831,94 (c) 966 065,05	(a) 5 (b) 750 110 (c) 631 260	(a) 56 (b) 119 (c) 357,3	(a) 239 (b) 11,5 (c) 8,11	(a) 752 (b) 150 334 827 (c) 81 662 127
Poland	(a) 3 (b) 487 651 (c) 674 968		(a) 3 (b) 770 000		(a) 4 (b) 10 240 (c) 5 960	(a) 4 (b) 1 (c) 0,2	(a) 91 (b) 5,5 (c) 2,23	(a) 352 (a') (b) 20 151 514 (c) 6 032 578
Romania	(a) 2 (b) 1 067 595 (c) 91 138					(a) 1 (b) <1 (c) 0,3	(a) 45 (b) 10,5 (c) 0,01	(a) 184 (a') 1 (b) 30 259 284 (c) 37 103 766
Russian Federation						(a) 6 (b) 1,5 (c) 0,4	(a) 67 (b) 17,0 (c) 0,01	(a) 384 (a') 8 (b) 32 390 484 (c) 1 049 484 (d) 7 (e) 2 (3), 7 (3), 5c
Slovakia					(a) 1 (b) 18 500		(a) 30 (b) <0,25	(a) 205 (a') 1 (b) 9 221 246 (c) 400 028
Slovenia	(c) 798					(a) 2 (b) <4 (c) 0,5	(a) 22 (b) 0,5	(a) 239 (a') 2 (b) 34 284 472 (c) 15 717 353
San Marino								(a) 19 (b) 22 091
Switzerland	(a) 13 (b) 1 129 224 (c) 10 234 302		(a) 37 (b) 8 440 000		(a) 12 (b) 588 710 (c) 1 904 570	(a) 25 (b) 4 598 (c) 64,2	(a) 181 (b) 8,0 (c) 49,95	(a) 1 527 (a') 8 (b) 659 445 117 (c) 809 111 114

Regions Countries	Member States							TOTAL EU per destination ⁽⁷⁾
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden ⁽²⁾	United Kingdom ⁽⁶⁾	
Turkey	(a) 24 (b) 45 222 029 (c) 21 017 398		(a) 18 (b) 6 670 000	(a) 1 (b) 197 470,00	(a) 2 (c) 364 300	(a) 2 (b) <3 (c) 1,4	(a) 217 (b) 179,0 (c) 10,43	(a) 540 (a') 1 (b) 4 710 249 058 (c) 258 606 602 (d) 2 (e) 2 (2)
Ukraine							(a) 20 (b) 1,0 (c) 0,03	(a) 89 (b) 2 836 566 (c) 47 400 (d) 1 (e) 7 (1)
Yugoslavia (Federal Republic of)							(a) 9 (b) 0,5	(a) 19 (b) 1 481 680 (c) 210 141
Middle East	(a) 66 (b) 157 474 252 (c) 56 795 835	(a) 1 (b) 130 280 (c) 130 280	(a) 21 (b) 7 100 000		(a) 40 (b) 31 642 320 (c) 31 730 770	(a) 6 (b) <36 (c) 29,4	(a) 1 498 (b) 351,5 (c) 320,1	(a) 2 649 (a') 23 (b) 1 169 138 239 (c) 1 757 849 015 (d) 97 (e) 1 (20), 2 (35), 3 (12), 4 (9), 5c (1), 6 (4), 7 (12)
Bahrain	(a) 3 (b) 311 174 (c) 882 934		(a) 2 (b) 270 000		(a) (b) (c) 758 720	(a) 2 (b) <25 (c) 24,6	(a) 61 (b) 4,5 (c) 0,55	(a) 75 (a') 1 (b) 9 633 308 (c) 4 644 573
Egypt	(a) 14 (b) 20 535 816 (c) 1 309 772		(a) 2 (b) 140 000		(a) 9 (b) 3 471 490 (c) 1 327 370		(a) 111 (b) 7,5 (c) 6,01	(a) 320 (a') 1 (b) 55 283 242 (c) 50 388 448 (d) 4 (e) 1 (3), 4 and 6 (1)
Iran					(a) 1 (b) 1 260		(a) 67 (b) 19,5	(a) 76 (b) 31 472 998 (c) 1 622 235 (d) 27 (e) 1 (16), 2, 3, 4 and 6
Iraq							(a) 5 (b) <0,25	(a) 5 (b) 395 000
Israel	(a) 2 (b) 1 795 071 (c) 229 782 (e) 3		(a) 1 (b) 4 310 000		(a) 18 (b) 1 314 190 (c) 487 980		(a) 297 (b) 22,5 (c) 1,51	(a) 784 (b) 84 360 896 (c) 30 033 376 (d) 51 (e) 1b (2), 2 (35), 3 (12), 4 (1), 6 (1)

Regions Countries	Member States							
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden ^(?)	United Kingdom ^(e)	TOTAL EU per destination ^(?)
Jordan	(a) 5 (b) 661 741 (c) 552 383						(a) 106 (b) 55,5 (c) 4,58	(a) 151 (a') 7 (b) 89 138 846 (c) 14 593 846
Kuwait	(a) 8 (b) 12 305 817 (c) 6 916 019				(a) 2 (b) 4 802 970 (c) 2 808 970		(a) 113 (b) 16,0 (c) 57,95	(a) 167 (b) 45 033 232 (c) 111 722 214
Lebanon	(c) 223						(a) 9 (b) <0,25	(a) 25 (b) 3 597 211 (c) 1 500 116 (d) 4 (e) 4 (2), 3, 7
Oman	(a) 14 (b) 516 792 (c) 404 103		(a) 3 (b) 20 000			(a) 2 (b) <10 (c) 1,7	(a) 158 (b) 121,0 (c) 24,29	(a) 439 (a') 6 (b) 208 551 544 (c) 56 502 500 (d) 1 (e) 5c (1)
Qatar	(a) 1 (b) 2 303 (c) 9 662		(a) 8 (b) 950 000				(a) 83 (b) 1,5 (c) 3,59	(a) 126 (a') 2 (b) 6 089 770 (c) 26 216 614
Saudi Arabia	(a) 13 (b) 119 155 045 (c) 251 430				(a) 3 (b) 21 997 040 (c) 26 295 030	(c) 2,2	(a) 138 (b) 20,5 (c) 161,36	(a) 272 (a') 2 (b) 403 653 122 (c) 660 577 277
Syria	(c) 13 572 758	(a) 1 (b) 130 280 (c) 130 280					(a) 15 (b) 0,5	(a) 17 (b) 920 280 (c) 13 703 038 (d) 1 (e) 7 (1)
United Arab Emirates	(a) 6 (b) 2 190 493 (c) 32 666 769		(a) 5 (b) 1 410 000		(a) 7 (b) 55 370 (c) 52 700	(a) 2 (b) <1 (c) 0,9	(a) 325 (b) 81,5 (c) 60,26	(a) 466 (a') 4 (b) 198 986 127 (c) 776 453 325 (d) 1 (e) 7 (1)
Yemen							(a) 7 (b) 0,5	(a) 13 (b) 3 873 338 (c) 29 191 (d) 1 (e) 7 (1)

Regions Countries	Member States							
	Italy	Luxembourg	Netherlands	Portugal	Spain	Sweden ⁽⁵⁾	United Kingdom ⁽⁶⁾	TOTAL EU per destination ⁽⁷⁾
Oceania	(a) 25 (b) 5 508 810 (c) 3 904 412		(a) 10 (b) 1 130 000	(a) 1 (b) 216 907,22 (c) 452 960,18	(a) 2 (b) 82 000 (c) 1 680	(a) 31 (b) 76 (c) 75,7	(a) 547 (b) 26,25 (c) 121,43	(a) 985 (a') 3 (b) 135 980 116 (c) 220 827 683
Australia	(a) 13 (b) 5 335 083 (c) 2 464 353		(a) 6 (b) 950 000		(a) 2 (b) 82 000 (c) 1 680	(a) 26 (b) 73 (c) 70,2	(a) 343 (b) 25,0 (c) 119,80	(a) 660 (a') 1 (b) 123 975 524 (c) 214 841 948
Fiji							(a) 2	(a) 2
New Zealand	(a) 12 (b) 173 727 (c) 1 440 059		(a) 4 (b) 180 000	(a) 1 (b) 216 907,22 (c) 452 960,18		(a) 5 (b) 3 (c) 5,5	(a) 196 (b) 1,0 (c) 1,63	(a) 318 (a') 2 (b) 13 391 955 (c) 5 074 134
Papua New Guinea							(a) 5 (b) <0,25	(a) 7 (b) 39 500 581
Samoa							(a) 1	(a) 1
TOTALS per Member State	(a) 638 (b) 862 985 992 (c) 554 144 372 (d) 21 (e) 1, 3, 4, 5, 6 and 7	(a) 11 (b) 218 306 (c) 218 293 (d) 1 (e) 4 and 7	(a) 848 (b) 651 330 000 (d) 14 (e) 1 (1), 2 (2), 3 (11), 4 (8), 6 (4), 7 (3)	(a) 223 (b) 19 277 015,77 (c) 10 631 641,85 (d) 1 (e) 4	(a) 663 (b) 340 823 070 (c) 231 184 580 (d) 29 (e) 3, 4, 7 and 8	(a) 577 (b) 23 900 (c) 3 060 (d) 16 (e) 2 (4), 2 and 3 (1), 3 (2), 4 (6), 6 (1), 7 (2)	(a) 8 627 ⁽⁸⁾ (b) 1 932,75 (c) 1 532,89 (d) 233 (e) 1 (143), 2 (51), 3 (1), 4 (12), 5 (1), 7 (25)	(a) 25 456 (a') 158 (b) 10 065 926 977 (c) 6 978 335 350 (d) 465 (e) 1 (156), 2 (67), 3 (65), 4 (61), 5 (3), 7 (85), 8 (21)

⁽⁵⁾ Values are expressed in millions of Swedish Kroners.

⁽⁶⁾ (i) Values are expressed in millions of GB pounds;

(ii) The identification of the value of exports is based on the classification of goods in EC Tariff Codes, which does not match the classification of goods subject to strategic export controls. For this reason, it has not been possible to provide the value of exported goods for all countries. Figures shown for the value of licences issued are inaccurate because, where total licences to one country are worth more than £ 0 but less than £ 250 000 the figure has been rounded up to that figure. Refusal figures are given for Standard Individual Export Licences only.

⁽⁷⁾ NB: Totals are of available figures only: one Member State could provide neither the number of licences granted under (a) nor the value of licences granted under (b). Some Member States could not provide the value of actual exports under (c), and some did not give precise information as to the number of times each criteria was invoked. The rate of conversion into euros from Swedish Kroner and GB pounds in the calculation of EU totals was that in force on 31 October 2002. Less than (<) values have been considered as equal to.

⁽⁸⁾ Some licences issued specify more than one destination country. This means that the total numbers of licences approved and refused is lower than the sum of all licences approved and refused in the entries for each destination country and region.

TABELLE B

Gesamtzahl der von jedem Mitgliedstaat ausgehenden und der an jeden Mitgliedstaat gerichteten Konsultationen

Mitgliedstaat	Anzahl der von ihm ausgehenden Konsultationen	Anzahl der an ihn gerichteten Konsultationen
Belgien	4	0
Dänemark	0	2
Deutschland	9	8
Griechenland	0	0
Spanien	0	0
Frankreich	13	12
Irland	0	0
Italien	7	4
Luxemburg	0	0
Niederlande	1	3
Österreich	4	1
Portugal	0	0
Finnland	4	3
Schweden	0	6
Vereinigtes Königreich	5	6
Insgesamt	47	45

TABELLE C

Die einzelstaatlichen Berichte über Waffenausfuhren sind in gedruckter Form oder im Internet unter folgenden Anschriften erhältlich:

Belgien:	diplobel.fgov.be
Dänemark:	Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, N 4, Asiatick Plads 2, DK-1448 Kopenhagen K oder www.um.dk
Deutschland:	www.bmwi.de , Auswahl: „politikfelder“, Auswahl: „Aussenwirtschaft & Europa“, Auswahl: „Exportkontrolle“
Spanien:	www.mcx.es/sgcomex/mddu
Frankreich:	www.defense.gouv.fr/actualités/dossier/d49/index.html
Irland:	www.irlgov.ie/iveagh
Italien:	www.camera.it , Auswahl: „attività parlamentare“, Auswahl: „lavori“, Auswahl: „documenti parlamentari“, Auswahl: „doc LXVII“
Niederlande:	www.exportcontrole.ez.nl
Portugal:	www.mdn.gov.pt
Finnland:	www.puolustusministerio.fi
Schweden:	www.utrikes.regeringen.se/inenglish/pressinfo/information/Publications.htm
Vereinigtes Königreich:	www.fco.gov.uk